

# Inhaltsübersicht

Vorwort zur 10. Auflage . . . . .	V
Verzeichnis der Bearbeiter . . . . .	VII
Inhaltsverzeichnis . . . . .	XI
Abkürzungen . . . . .	LXI
Literatur . . . . .	LXXI

## Teil 1 Das Insolvenzverfahren . . . . . 1

Kapitel 1 Einleitung . . . . .	1
Kapitel 2 Insolvenzgründe . . . . .	16
Kapitel 3 Der Insolvenzantrag . . . . .	38
Kapitel 4 Antragsverfahren, vorläufige Verwaltung und andere vorläufige Maßnahmen	46
Kapitel 5 Abweisung mangels Masse . . . . .	110
Kapitel 6 Verfahrenseröffnung und ihre Wirkungen. . . . .	136
Kapitel 7 Verträge in der Insolvenz. . . . .	254
Kapitel 8 Aus- und Absonderungsrechte . . . . .	295
Kapitel 9 Insolvenzanfechtung . . . . .	361
Kapitel 10 Aufrechnung in der Insolvenz . . . . .	426
Kapitel 11 Forderungsanmeldung, Forderungsprüfung und Verteilung an die Gläubiger	444
Kapitel 12 Masseunzulänglichkeit . . . . .	469
Kapitel 13 Beendigung des Verfahrens . . . . .	539
Kapitel 14 Insolvenzplan . . . . .	560
Kapitel 15 Eigenverwaltung . . . . .	675
Kapitel 16 Konzerninsolvenzrecht . . . . .	731
Kapitel 17 Verbraucherinsolvenz . . . . .	817
Kapitel 18 Restschuldbefreiungsverfahren. . . . .	845
Kapitel 19 Stundung der Verfahrenskosten bei Restschuldbefreiung. . . . .	1031
Kapitel 20 Nachlassinsolvenzverfahren . . . . .	1068
Kapitel 21 Recht der internationalen Insolvenzen . . . . .	1080

## Teil 2 Praxis der Insolvenzverwaltung . . . . . 1201

Kapitel 22 Das Gericht, der Verwalter und die Organe der Gläubiger . . . . .	1201
Kapitel 23 Die Betriebsfortführung . . . . .	1312
Kapitel 24 Insolvenzmasse und ihre Verwertung – Massebildung . . . . .	1365
Kapitel 25 Immobiliervermögen des Schuldners . . . . .	1407
Kapitel 26 Urheber-, Patent-, Marken- und sonstige Schutzrechte in der Insolvenz . . . . .	1424
Kapitel 27 Gesellschaftsrecht und Insolvenz . . . . .	1434
Kapitel 28 Die Bankgeschäfte des Schuldners . . . . .	1485
Kapitel 29 Arbeits- und Sozialrecht in der Insolvenz . . . . .	1569
Kapitel 30 Betriebliche Altersversorgung in der Insolvenz . . . . .	1633
Kapitel 31 Steuern in der Insolvenz (Grundlagen) . . . . .	1680

## Inhaltsübersicht

---

Kapitel 32 Die Masseverbindlichkeiten und der Aufwand zum Betrieb des Insolvenzverfahrens (»Masselasten«) . . . . .	1748
Kapitel 33 Datenschutz und Insolvenzverwaltung . . . . .	1786
Kapitel 34 Haftung des Insolvenzverwalters . . . . .	1812
Kapitel 35 Vergütung der Insolvenzorgane . . . . .	1874
Kapitel 36 Sanierungsrecht . . . . .	1939
<b>Teil 3 Branchenspezifische Besonderheiten . . . . .</b>	<b>1985</b>
Kapitel 37 Altenpflegeeinrichtungen. . . . .	1985
Kapitel 38 Bauträgergeschäft und Handel mit Immobilien. . . . .	1994
Kapitel 39 Die Bauwirtschaft . . . . .	1998
Kapitel 40 Gastronomiebetriebe. . . . .	2017
Kapitel 41 Arbeitnehmerüberlassung . . . . .	2021
Kapitel 42 Gewerbliche Zwischenmietverhältnisse. . . . .	2027
Kapitel 43 Handelsbetriebe . . . . .	2034
Kapitel 44 Handelsvertreter . . . . .	2045
Kapitel 45 Transportwesen. . . . .	2054
Stichwortverzeichnis . . . . .	2065

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 10. Auflage . . . . .	V
Verzeichnis der Bearbeiter . . . . .	VII
Inhaltsübersicht . . . . .	IX
Abkürzungen . . . . .	LXI
Literatur . . . . .	LXXI

<b>Teil 1 Das Insolvenzverfahren . . . . .</b>	<b>1</b>
--	----------

<b>Kapitel 1 Einleitung . . . . .</b>	<b>1</b>
A. Insolvenzziele . . . . .	1
I. Gemeinschaftliche Gläubigerbefriedigung . . . . .	2
II. Entschuldung des Schuldners . . . . .	3
B. Mittel der Haftungsverwirklichung . . . . .	3
I. Gesamt- oder Teilveräußerung . . . . .	4
II. Liquidation oder Sanierung . . . . .	4
III. Haftungsverwirklichung . . . . .	4
C. Organisationsrecht . . . . .	5
I. Rechtliche Struktur . . . . .	5
II. Betriebswirtschaftliche Struktur . . . . .	5
D. Insolvenzordnung . . . . .	5
I. Gesetzeseinheit . . . . .	5
II. Gesetzesaufbau . . . . .	6
E. Verfahrensanreize . . . . .	6
I. Drohende Zahlungsunfähigkeit . . . . .	6
II. Eigenverwaltung und Schutzschirm . . . . .	6
III. Restschuldbefreiung und Verfahrenskosten . . . . .	6
IV. Neuerwerb und Masseanreicherung . . . . .	7
F. Eröffnungsverfahren . . . . .	7
G. Verfahrenseröffnung . . . . .	7
H. Insolvenzverwalter . . . . .	7
I. Istmasse . . . . .	7
II. Sollmasse . . . . .	8
I. Gläubiger . . . . .	8
I. Gläubigerautonomie . . . . .	8
II. Verwertungsentscheidung . . . . .	8
J. Schuldner . . . . .	8
I. Insolvenzfähigkeit . . . . .	8
II. Rechtsträgerschaft . . . . .	9
III. Konzern . . . . .	10
IV. Formwechsel . . . . .	10
V. Natürliche Person . . . . .	11
VI. Juristische Person . . . . .	11
VII. Nachlass . . . . .	11
VIII. Gütergemeinschaft . . . . .	11
IX. Pflichten des Schuldners . . . . .	12
X. Teilnahmerechte des Schuldners . . . . .	12
K. Verfahrensgrundsätze . . . . .	12
I. Parteidisposition . . . . .	13
II. Amtsbetrieb . . . . .	13
III. Mündlichkeit und Öffentlichkeit . . . . .	13

# Inhaltsverzeichnis

---

IV.	Rechtliches Gehör . . . . .	14
V.	Verfahrensbeschleunigung . . . . .	14
VI.	Zuständigkeit . . . . .	14
<b>Kapitel 2 Insolvenzgründe . . . . .</b>		<b>16</b>
A.	Erforderlichkeit eines Insolvenzauslösetatbestandes . . . . .	16
I.	Bestehen eines Insolvenzgrundes als Verfahrensvoraussetzung . . . . .	16
II.	Gerichtliche Feststellung . . . . .	17
III.	Zeitpunkt . . . . .	18
IV.	Antragspflicht . . . . .	18
1.	Antragspflicht bei juristischen Personen und Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit . . . . .	19
2.	Aussetzung der Antragspflicht nach COVInsAG . . . . .	19
V.	Geltungsbereich . . . . .	20
1.	Verbraucherinsolvenzverfahren . . . . .	20
2.	Genossenschaften . . . . .	21
3.	Kredit- und Versicherungswesen . . . . .	21
VI.	Auslandsinsolvenz und Partikularverfahren . . . . .	22
B.	Die einzelnen Insolvenzgründe . . . . .	22
I.	Insolvenzgrund der Zahlungsunfähigkeit . . . . .	23
1.	Definition der Zahlungsunfähigkeit . . . . .	23
2.	Nachweis der Zahlungsunfähigkeit . . . . .	28
II.	Insolvenzgrund der drohenden Zahlungsunfähigkeit . . . . .	29
1.	Normzweck und praktische Bedeutung . . . . .	29
2.	Definition drohende Zahlungsunfähigkeit . . . . .	31
III.	Überschuldung als Insolvenzauslösetatbestand . . . . .	32
1.	Legaldefinition der Überschuldung . . . . .	33
2.	Grundsätze der zweistufigen Überschuldungsprüfung . . . . .	34
<b>Kapitel 3 Der Insolvenzantrag . . . . .</b>		<b>38</b>
A.	Grundlagen . . . . .	38
B.	Allgemeine Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . . .	39
I.	Zuständigkeit . . . . .	39
II.	Form/Frist . . . . .	39
III.	Norwendiger Inhalt . . . . .	40
C.	Eigenantrag des Schuldners . . . . .	40
I.	Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . . .	40
II.	Antragsberechtigte . . . . .	41
III.	Rücknahme des Insolvenzantrages . . . . .	42
IV.	Haftung . . . . .	42
D.	Fremdantrag eines Gläubigers . . . . .	43
I.	Glaubhaftmachung . . . . .	43
II.	Rechtsschutzinteresse . . . . .	43
III.	Haftung . . . . .	44
IV.	Zahlung auf Gläubigerforderung, Antragsrücknahme und Erledigungserklärung . . . . .	44
E.	Kosten des Antrags . . . . .	45
I.	Kostenschuldner . . . . .	45
II.	Gerichtsgebühren/Auslagen . . . . .	45
<b>Kapitel 4 Antragsverfahren, vorläufige Verwaltung und andere vorläufige Maßnahmen . . . . .</b>		<b>46</b>
A.	Zweck . . . . .	47
B.	Bestellung eines Sachverständigen . . . . .	48

C.	Erlass von vorläufigen Maßnahmen . . . . .	52
I.	Anhörung . . . . .	53
II.	Bekanntmachung und Wirksamwerden der Anordnungen . . . . .	54
III.	Beschwerde . . . . .	55
IV.	Aufhebung von vorläufigen Maßnahmen . . . . .	56
D.	Die einzelnen vorläufigen Maßnahmen nach § 21 InsO . . . . .	56
I.	Allgemeines Verfügungsverbot (§ 21 Abs. 2 Nr. 2 InsO) . . . . .	56
II.	Allgemeiner Zustimmungsvorbehalt (§ 21 Abs. 2 Nr. 2 InsO) . . . . .	58
III.	Gegenständlich beschränktes Verfügungsverbot (§ 21 Abs. 1 InsO) . . . . .	59
IV.	Untersagung oder einstweilige Einstellung von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen (§ 21 Abs. 2 Nr. 3 InsO) . . . . .	60
V.	Exkurs: Zwangsvollstreckung in das Immobilienvermögen des Schuldners . . . . .	62
VI.	Vorläufige Postsperrung (§ 21 Abs. 2 Nr. 4 InsO) . . . . .	63
VII.	Vorführung und Haftanordnung (§ 21 Abs. 3 InsO) . . . . .	64
VIII.	Vorläufige Maßnahmen zum Ab- und Aussonderungsgut . . . . .	66
	1. Inhalt der Maßnahme . . . . .	66
	2. Ausgleich für Ab- und Aussonderungsberechtigte. . . . .	69
IX.	Sonstige vorläufige Maßnahmen . . . . .	69
E.	Vorläufiger Insolvenzverwalter . . . . .	70
I.	Allgemeine Voraussetzungen und Verwalterauswahl . . . . .	70
II.	Kriterien der Verwalterauswahl . . . . .	72
III.	Befugnisse des vorläufigen Insolvenzverwalters . . . . .	74
IV.	Erscheinungsformen der vorläufigen Insolvenzverwaltung. . . . .	74
	1. Vorläufiger Insolvenzverwalter mit Verwaltungs- und Verfügungsmacht . . . . .	74
	2. Vorläufiger Insolvenzverwalter ohne Verwaltungs- und Verfügungsmacht . . . . .	89
F.	Vorläufiger Gläubigerausschuss gem. §§ 21 Abs. 2 Nr. 1a, 22a InsO. . . . .	97
I.	Allgemeines . . . . .	97
II.	Voraussetzungen. . . . .	97
	1. Pflichtausschuss . . . . .	97
	2. Antragsausschuss. . . . .	98
	3. Kann-Ausschuss . . . . .	99
III.	Absehen von der Einsetzung und Einsetzungssperre . . . . .	99
	1. Unterbliebene Einsetzungen . . . . .	99
	2. Ausschlussgründe . . . . .	100
IV.	Aufgaben des vorläufigen Gläubigerausschusses . . . . .	102
	1. Aufgaben im Regeleröffnungsverfahren . . . . .	102
	2. Aufgaben im Verfahren der Eigenverwaltung und im Schutzschirmverfahren . . . . .	106
V.	Konstituierung des vorläufigen Gläubigerausschusses . . . . .	107
VI.	Haftung des vorläufigen Gläubigerausschusses. . . . .	107
	1. Auswahl des vorläufigen oder endgültigen Insolvenzverwalters oder Sachwalters . . . . .	107
	2. Kontrolle des vorläufigen Insolvenzverwalters/Sachwalters oder des Schuldners . . . . .	108
	3. Kassenprüfung . . . . .	109
VII.	Haftungsbegrenzung und Auflösung. . . . .	109
<b>Kapitel 5 Abweisung mangels Masse . . . . .</b>		<b>110</b>
A.	Entstehungsgeschichte . . . . .	110
B.	Unterschiedliche Verfahrenskategorien nach der InsO . . . . .	112
C.	Abweisungsvoraussetzungen . . . . .	112
I.	Feststellung der Massekostendeckung durch das Insolvenzgericht. . . . .	113
	1. Aufstellung einer Kostendeckungsübersicht. . . . .	113
	2. Bestimmung der voraussichtlichen Verfahrenskosten . . . . .	114
	3. Bestimmung des voraussichtlichen Massebestandes (Aktivmasse) . . . . .	117
	4. Prognosentscheidung . . . . .	119

# Inhaltsverzeichnis

---

II.	Abweisungsausschluss bei Verfahrenskostenstundung . . . . .	119
1.	Sicherung der Verfahrenskosten durch die Staatskasse bei Verfahrenskostenstundung . . . . .	119
2.	Entscheidung über die Verfahrenskostenstundung vor Verfahrenseröffnung . . . . .	120
III.	Abweisungsausschluss bei Aufbringung der Verfahrenskosten durch Vorschussleistungen . . . . .	121
1.	Mögliches Gläubigerkalkül bei der Vorfinanzierung der Verfahrenskosten . . . . .	121
2.	Grundsätze für die Behandlung des Vorschusses . . . . .	122
3.	Unanfechtbarkeit der Vorschussfestsetzung . . . . .	124
D.	Abweisungsverfahren . . . . .	124
I.	Rechtliches Gehör des Schuldners zu der beabsichtigten Abweisung mangels Masse . . . . .	125
II.	Öffentliche Bekanntmachung der Abweisungsentscheidung . . . . .	126
III.	Kostenentscheidung bei Abweisung mangels Masse . . . . .	126
IV.	Anfechtung des Abweisungsbeschlusses . . . . .	128
IV.	Zulässigkeit der Antragsrücknahme bis zur Rechtskraft des Abweisungsbeschlusses . . . . .	129
E.	Wirkungen und Rechtsfolgen der Abweisung mangels Masse . . . . .	129
I.	Schuldnerverzeichnis . . . . .	129
1.	Eintragungen ins Schuldnerverzeichnis . . . . .	129
2.	Löschung von Eintragungen ins Schuldnerverzeichnis . . . . .	130
II.	Auflösung und Löschung von juristischen Personen infolge der Abweisung mangels Masse . . . . .	131
III.	Insolvenzergebnis (SGB III)/Sicherungsfall (BetrAVG) . . . . .	131
IV.	Zulässigkeit neuer Insolvenzanträge . . . . .	132
F.	Erstattungsanspruch gegen antragspflichtige Organe von Kapitalgesellschaften, § 26 Abs. 3 InsO . . . . .	132
G.	Einklagbarer Vorschussanspruch gegen antragspflichtige Organe von Kapitalgesellschaften, § 26 Abs. 4 InsO . . . . .	133
<b>Kapitel 6</b>	<b>Verfahrenseröffnung und ihre Wirkungen . . . . .</b>	<b>136</b>
A.	Eröffnungsbeschluss . . . . .	139
I.	Inhalt . . . . .	140
1.	Notwendiger Inhalt des Eröffnungsbeschlusses . . . . .	141
2.	Fakultative Anordnungen . . . . .	143
II.	Wirksamkeit des Eröffnungsbeschlusses . . . . .	144
1.	Formelle Wirksamkeit . . . . .	144
2.	Materielle Wirksamkeit . . . . .	145
3.	Rechtskraft . . . . .	146
4.	Nachholung . . . . .	146
5.	Berichtigung . . . . .	147
III.	Bekanntmachung . . . . .	147
1.	Öffentliche Bekanntmachung . . . . .	147
2.	Zustellung . . . . .	148
IV.	Rechtsmittel . . . . .	148
1.	Ablehnung der Eröffnung . . . . .	148
2.	Beschwerde gegen die Verfahrenseröffnung . . . . .	150
3.	Beschwerdeverfahren . . . . .	152
4.	Aufhebung des Eröffnungsbeschlusses . . . . .	154
V.	Insolvenzverwalter . . . . .	155
1.	Auswahl . . . . .	156
2.	Bestellung . . . . .	160
3.	Wahl des Insolvenzverwalters . . . . .	164
4.	Entlassung des Insolvenzverwalters . . . . .	166
VI.	Aufforderungen an Gläubiger und Schuldner . . . . .	168
1.	Frist zur Forderungsanmeldung . . . . .	169
2.	Sicherungsrechte . . . . .	171
3.	Leistungen an den Schuldner . . . . .	172

VII.	Terminsbestimmungen . . . . .	173
1.	Berichtstermin . . . . .	173
2.	Prüfungstermin . . . . .	173
3.	Verbindung der Termine . . . . .	173
4.	Terminfolge . . . . .	174
5.	Ort und Tagesordnung . . . . .	174
6.	Abstimmung der Termine. . . . .	174
VIII.	Register- und Grundbucheintragung . . . . .	175
1.	Register gem. § 31 InsO . . . . .	175
2.	Grundbuch . . . . .	176
3.	Schiffe und Luftfahrzeuge . . . . .	180
B.	Wirkungen der Verfahrenseröffnung . . . . .	181
I.	Einteilung der Gläubiger . . . . .	181
1.	Insolvenzgläubiger. . . . .	182
2.	Massegläubiger . . . . .	194
III.	Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis . . . . .	202
1.	Insolvenzverwalter. . . . .	202
2.	Vorläufiger Insolvenzverwalter . . . . .	207
3.	Unwirksamkeit von Veräußerungsverboten . . . . .	209
4.	Unwirksamkeit von Verfügungen . . . . .	210
IV.	Rechtserwerb nach Verfahrenseröffnung. . . . .	216
1.	Vollstreckung durch Insolvenzgläubiger . . . . .	216
2.	Vollstreckung bei Masseverbindlichkeiten . . . . .	220
3.	Sonstiger Rechtserwerb . . . . .	221
V.	Gesamtschaden. . . . .	227
1.	Gesamtschadensliquidation . . . . .	227
2.	Anspruchsgrund . . . . .	227
3.	Rechtsfolge . . . . .	229
4.	Schaden. . . . .	230
5.	Ansprüche nach Insolvenzeröffnung . . . . .	230
6.	Ansprüche vor Insolvenzeröffnung. . . . .	231
7.	Aufrechnung . . . . .	232
8.	Rechtsstreit . . . . .	233
VI.	Rechtsstreitigkeiten . . . . .	233
1.	Prozessführungsrecht. . . . .	233
2.	Verfahrensunterbrechung. . . . .	233
3.	Aktivprozesse . . . . .	238
4.	Passivprozesse. . . . .	241
5.	Schuldenmassestreit. . . . .	244
VIII.	Pflichten des Schuldners . . . . .	246
1.	Auskunftspflicht . . . . .	247
2.	Mitwirkungspflicht . . . . .	248
3.	Durchsetzung. . . . .	249
4.	Postsperr . . . . .	250
5.	Organvertreter und Angestellte . . . . .	251
6.	Unterhalt. . . . .	252
<b>Kapitel 7</b>	<b>Verträge in der Insolvenz. . . . .</b>	<b>254</b>
A.	Einführung, Grundlagen und Systematik . . . . .	256
I.	Problemlage . . . . .	257
II.	Regelungsgehalt der §§ 55 Abs. 1 Nr. 2, 103 InsO. . . . .	257
III.	Schlussfolgerungen . . . . .	258

# Inhaltsverzeichnis

---

1.	Fortbestehen von Vertragsverhältnissen	258
2.	Das Fortbestehen des Synallagma	259
IV.	Stand und Entwicklung der Rechtsprechung	259
V.	Modifikationen und Ausnahmen der Regel	259
VI.	Exkurs: Das erneute Wahlrecht im Fall der Masseunzulänglichkeit	260
VII.	Vorläufige Insolvenzverwaltung, Eigenverwaltung, Vereinfachtes Insolvenzverfahren	261
B.	Der Grundfall des § 103 InsO	262
I.	Anwendungsbereich des § 103 InsO	262
II.	Rechtslage vor Ausübung des Wahlrechts	264
III.	Rechtslage bei Nichterfüllungswahl	264
IV.	Rechtslage bei Erfüllungswahl	266
1.	Allgemeines	266
2.	Problem: Sicherungsrechte Dritter/Aufrechnung	266
V.	Ausübung des Wahlrechts	267
C.	Modifikation gemäß § 105 InsO: Teilbare Leistungen	270
I.	Grundlagen	270
II.	Exkurs: Materiell-rechtliche Wirkungen des § 105 InsO	271
III.	Teilbare Leistung	271
IV.	Rechtsfolgen	272
1.	Grundsatz	272
2.	Problem: Zuordnung von Forderungen	273
V.	Die Regelung des § 105 Satz 2 InsO	273
D.	Privilegierte Ansprüche (§§ 106, 107 Abs. 1 InsO)	274
I.	Erfasste Ansprüche	275
1.	Vormerkung, § 106 InsO	275
2.	Insolvenz des Vorbehaltsverkäufers, § 107 Abs. 1 InsO	276
II.	Rechtsfolgen	276
E.	Privilegierte Rechtsverhältnisse (§ 108 InsO)	277
I.	Miet- und Pachtverhältnisse über unbewegliche Gegenstände	278
1.	Anwendungsbereich	278
2.	Rechtsfolgen	279
3.	Regelung der Folgefragen	279
II.	Miet- und Pachtverhältnisse über bewegliche Gegenstände	286
III.	Dienstverhältnisse	286
1.	Schuldner als Dienstberechtigter	286
2.	Schuldner als Dienstverpflichteter	287
IV.	Darlehensverträge	288
V.	Überweisungs-, Zahlungs- und Übertragungsverträge	288
F.	Geschäftsbesorgung, Auftrag und Vollmacht	289
I.	Verfehlung des Regelungszwecks	289
II.	Regelungsgehalt der §§ 115, 116 InsO	289
1.	Anwendungsbereich	289
2.	Rechtsfolgen	290
III.	Regelungsgehalt § 117 InsO	291
IV.	Notgeschäftsführung, § 115 Abs. 2 InsO	291
V.	Gutglaubensschutz, §§ 115 Abs. 3, 117 Abs. 3 InsO	291
G.	Ausnahme gemäß § 104 InsO: Fixgeschäfte und Finanzleistungen	292
I.	Normzweck	292
II.	Anwendungsbereich	292
III.	Rechtsfolgen	292
H.	Verbotene Klauseln nach § 119 InsO	293

<b>Kapitel 8 Aus- und Absonderungsrechte</b> . . . . .	295
A. Aussonderung . . . . .	300
I. Allgemeines . . . . .	300
1. Aussonderungsberechtigte . . . . .	300
2. Gegenstand der Aussonderung . . . . .	301
3. Bestimmtheitsgrundsatz . . . . .	301
4. Prioritätsgrundsatz . . . . .	301
5. Aussonderungskosten . . . . .	302
6. Aussonderungsrechtsstreit . . . . .	303
7. Wertersatz . . . . .	304
II. Sicherungs- und Erhaltungspflicht des Insolvenzverwalters . . . . .	305
III. Auskunftsanspruch des Aussonderungsberechtigten . . . . .	305
IV. Pflichten des Insolvenzverwalters bei Prüfung des Aussonderungsanspruchs . . . . .	306
V. Aussonderung aufgrund einfachem Eigentumsvorbehalts . . . . .	306
1. Begriff und allgemeine Bedeutung des EV . . . . .	306
2. Die Begründung des EV . . . . .	307
3. EV des Verkäufers bei abweichenden Einkaufsbedingungen . . . . .	308
4. Insolvenz des EV-Käufers . . . . .	309
5. Insolvenz des EV-Verkäufers . . . . .	309
6. Wegfall des Eigentumsvorbehalts . . . . .	310
7. Gutgläubiger Eigentumserwerb . . . . .	311
8. EV mit Verarbeitungsklausel . . . . .	311
VI. Aussonderungsrecht und Gesellschafterdarlehen . . . . .	312
VII. Sonstige Aussonderungsrechte . . . . .	312
1. Besitz und Eigentum . . . . .	312
2. Treuhandverhältnisse . . . . .	313
3. Bankkonten . . . . .	314
4. Erbschaftsanspruch . . . . .	316
5. Beschränkt dingliche Rechte . . . . .	316
6. Forderungen . . . . .	317
7. Leasing von beweglichen Sachen . . . . .	318
8. Gewerbliche Schutzrechte, Urheberrecht und Recht am eigenen Bild . . . . .	318
9. Direktversicherung . . . . .	319
10. Sonstige Ansprüche . . . . .	320
B. Ersatzaussonderung und Ersatzabsonderung . . . . .	321
I. Voraussetzungen . . . . .	321
1. Aussonderungsgegenstand . . . . .	321
2. Veräußerung . . . . .	322
3. Verfügender . . . . .	323
4. Entgeltlichkeit . . . . .	323
5. Unberechtigt . . . . .	323
II. Rechtsfolgen . . . . .	326
1. Herausgabe Gegenleistung . . . . .	326
2. Unterscheidbarkeit . . . . .	327
3. Rückgewähransprüche nach Insolvenzanfechtung . . . . .	328
III. Beweislast . . . . .	328
C. Absonderungsrecht . . . . .	328
I. Allgemeines . . . . .	328
1. Begriff . . . . .	328
2. Absonderungsberechtigte . . . . .	329
3. Gesicherte Forderungen . . . . .	330
4. Absonderungsrechtsstreit . . . . .	330
II. Absonderungsrechte am unbeweglichen Vermögen . . . . .	330

# Inhaltsverzeichnis

---

1. Grundsatz . . . . .	330
2. Enthftung von Bestandteilen und Zubehör . . . . .	332
3. Liegenschaftsvollstreckung . . . . .	332
III. Pfandrechte . . . . .	334
1. Vertragspfandrecht . . . . .	334
2. Pfändungspfandrecht. . . . .	335
3. gesetzliche Pfandrechte . . . . .	335
IV. Sonstige Absonderungsberechtigte (§ 51 InsO) . . . . .	337
1. Sicherungsübertragung (§ 51 Nr. 1 InsO). . . . .	337
2. Absonderungsrecht aufgrund Eigentumsvorbehalt . . . . .	337
3. Interessenkonflikt zwischen Waren- und Geldkreditgläubiger . . . . .	341
4. Die Sicherungsübereignung . . . . .	342
4. weitere Absonderungsrechte . . . . .	348
VII. Verwertung des Absonderungsgutes . . . . .	348
1. Verwertung bewegliche Sachen . . . . .	348
2. Verwertung Forderungen . . . . .	350
3. Gläubigerverwertung. . . . .	350
4. Verwertung in der Eigenverwaltung. . . . .	351
5. Auskunftsansprüche . . . . .	351
6. Mitteilung der Veräußerungsabsicht. . . . .	351
7. Kostenbeiträge . . . . .	353
8. Zinszahlungspflicht . . . . .	354
9. Freigabe durch den Insolvenzverwalter . . . . .	354
10. Verwertung von Immobiliarsicherheiten . . . . .	355
VIII. Benutzung des Absonderungsgutes . . . . .	355
1. Berechtigung . . . . .	355
2. Gegenstände der Benutzung. . . . .	355
3. Reichweite der Benutzung . . . . .	356
4. Wertersatz und Zinszahlung . . . . .	356
D. StaRUG . . . . .	357
E. Poolverträge . . . . .	357
I. Grundsätze . . . . .	357
II. Arten von Poolverträgen . . . . .	358
III. Vertragsabschluss . . . . .	359
1. Vor Eintritt der Krise. . . . .	359
2. Nach Eintritt der Krise . . . . .	359
3. Vereinbarungen mit dem Insolvenzverwalter . . . . .	359
IV. Anfechtung von Poolverträgen . . . . .	360
1. Allgemeines . . . . .	360
2. Anfechtbarkeit der in den Pool eingebrachten Werte . . . . .	360
3. Anfechtbarer Erwerb innerhalb des Pools . . . . .	360
<b>Kapitel 9 Insolvenzanfechtung . . . . .</b>	<b>361</b>
A. Einführung . . . . .	361
B. Allgemeine Voraussetzungen . . . . .	363
I. Erforderlichkeit einer Anfechtung . . . . .	364
1. Rückschlagsperre (§ 88 InsO) . . . . .	364
2. Anfechtbare Aufrechnungslage (§ 96 Abs. 1 Nr. 3 InsO). . . . .	365
3. Sonstige Unwirksamkeitsgründe . . . . .	365
II. Verjährungseinrede . . . . .	365
III. Einschränkungen der Anfechtung durch das StaRUG. . . . .	366
IV. Einschränkungen der Anfechtung durch das COVInsAG . . . . .	368

V.	§ 129 InsO . . . . .	372
1.	Rechtshandlung . . . . .	372
2.	Zeitpunkt der Vornahme der Rechtshandlung (§ 140 InsO) . . . . .	375
3.	Gläubigerbenachteiligung. . . . .	377
4.	Kausalität . . . . .	379
5.	Bargeschäft (§ 142 InsO) . . . . .	380
C.	Die einzelnen Anfechtungstatbestände . . . . .	384
I.	Überblick . . . . .	384
II.	Besondere Insolvenzanfechtung (§§ 130 bis 132 InsO). . . . .	385
1.	Gemeinsame Tatbestandsmerkmale . . . . .	385
2.	Kongruente Deckung (§ 130 InsO). . . . .	389
3.	Inkongruente Deckung (§ 131 InsO). . . . .	393
4.	Unmittelbar nachteilige Rechtshandlungen (§ 132 InsO) . . . . .	395
5.	Einzelfälle . . . . .	397
III.	Vorsätzliche Benachteiligung (§ 133 InsO) . . . . .	400
1.	Objektiver Tatbestand . . . . .	400
2.	Subjektiver Tatbestand. . . . .	402
3.	Beweislast . . . . .	403
IV.	Unentgeltliche Leistung (§ 134 InsO) . . . . .	410
1.	Tatbestand. . . . .	410
2.	Beweislast . . . . .	412
V.	Gesellschafterdarlehen (§ 135 InsO) . . . . .	412
1.	Objektiver Tatbestand . . . . .	413
2.	Subjektiver Tatbestand. . . . .	416
3.	Nutzungsüberlassung (Abs. 3). . . . .	416
4.	Sanierungs- und Kleinbeteiligtenprivileg (Abs. 4). . . . .	417
5.	Beweislast . . . . .	417
VI.	Stille Gesellschaft (§ 136 InsO). . . . .	418
D.	Geltendmachung und Wirkung der Anfechtung . . . . .	418
I.	Anfechtungsberechtigter . . . . .	418
II.	Anfechtungsgegner . . . . .	419
III.	Entstehen und Inhalt des Anfechtungsanspruchs . . . . .	420
IV.	Rechtsfolgen der Anfechtung . . . . .	421
V.	Erlöschen des Anfechtungsrechts. . . . .	422
E.	Prozessuale Fragen. . . . .	423
<b>Kapitel 10 Aufrechnung in der Insolvenz . . . . .</b>		<b>426</b>
A.	Einführung . . . . .	426
B.	Bei Insolvenzeröffnung bestehende Aufrechnungslage (§ 94 InsO) . . . . .	426
I.	Aufrechnung nach §§ 387 ff. BGB . . . . .	427
II.	Vertraglich vereinbarte Aufrechnung . . . . .	428
III.	Aufrechnungsverbote außerhalb der InsO . . . . .	429
IV.	Erklärung und Wirkung der Aufrechnung . . . . .	429
C.	Eintritt der Aufrechnungslage nach Insolvenzeröffnung (§ 95 InsO). . . . .	430
I.	Bedingte Forderungen . . . . .	431
II.	Forderungen mit ungleicher Fälligkeit . . . . .	432
III.	Ungleichartige Forderungen . . . . .	433
IV.	Forderungen in verschiedenen Währungen . . . . .	434
D.	Insolvenzrechtliche Aufrechnungsverbote (§ 96 InsO) . . . . .	434
I.	§ 96 Abs. 1 Nr. 1 InsO . . . . .	434
II.	§ 96 Abs. 1 Nr. 2 InsO . . . . .	436
III.	§ 96 Abs. 1 Nr. 3 InsO . . . . .	437

# Inhaltsverzeichnis

---

IV.	§ 96 Abs. 1 Nr. 4 InsO . . . . .	438
E.	Einzelfragen . . . . .	439
I.	Aufrechnung durch den Insolvenzverwalter. . . . .	439
II.	Aufrechnung durch Massegläubiger . . . . .	440
III.	Aufrechnungslage im Insolvenzeröffnungsverfahren . . . . .	440
IV.	Anfechtungsansprüche. . . . .	441
V.	Steuerforderungen/Steuererstattungsansprüche . . . . .	441
VI.	Rückgriffsansprüche . . . . .	442
E.	Prozessuale Fragen. . . . .	443
<b>Kapitel 11 Forderungsanmeldung, Forderungsprüfung und Verteilung an die Gläubiger . .</b>		<b>444</b>
A.	Einteilung der Insolvenzgläubiger . . . . .	444
I.	Reguläre Insolvenzforderungen gem. § 38 InsO. . . . .	444
II.	Nachrangige Insolvenzforderungen (§ 39 InsO) . . . . .	445
1.	Gesellschafterdarlehen, § 39 Abs. 1 Nr. 5 InsO . . . . .	445
2.	Forderungen mit Rangrücktritt . . . . .	447
3.	Sicherungsrechte an nachrangigen Insolvenzforderungen . . . . .	447
4.	Praktische Relevanz nachrangiger Insolvenzforderungen . . . . .	448
III.	Exkurs: Masseverbindlichkeiten . . . . .	448
B.	Forderungsanmeldung und Prüfung der Forderungen . . . . .	449
I.	Forderungsanmeldung. . . . .	449
1.	Aufforderung durch das Insolvenzgericht . . . . .	449
2.	Frist zur Forderungsanmeldung. . . . .	449
3.	Form der Forderungsanmeldung . . . . .	451
4.	Zurückweisung durch Verwalter . . . . .	451
5.	Rücknahme durch Gläubiger . . . . .	452
6.	Hemmung der Verjährung . . . . .	452
II.	Insolvenztabelle . . . . .	453
1.	Anlage durch Verwalter . . . . .	453
2.	Niederlegung . . . . .	453
3.	Führung durch das Insolvenzgericht . . . . .	454
III.	Prüfungstermin . . . . .	454
1.	Lage des Termins . . . . .	454
2.	Ablauf des Prüfungstermins . . . . .	455
3.	Prüfungsergebnisse . . . . .	455
IV.	Feststellungsrechtsstreit . . . . .	459
1.	Betreibenslast . . . . .	459
2.	Zulässigkeit der Feststellungsklage. . . . .	460
2.	Wirkung der Entscheidung. . . . .	461
V.	Nachträgliche Änderungen der Tabelle. . . . .	462
C.	Befriedigung der Gläubiger . . . . .	462
I.	Verteilungsverzeichnis . . . . .	462
1.	Bestrittene Forderungen in der Schlussverteilung. . . . .	463
2.	Absonderungsberechtigte Forderungen in der Schlussverteilung. . . . .	464
3.	Aufschiebend bedingte Forderungen in der Schlussverteilung . . . . .	465
4.	Auflösend bedingte Forderungen in der Schlussverteilung . . . . .	465
II.	Abschlagsverteilung. . . . .	465
III.	Nachtragsverteilung. . . . .	466
1.	Verteilungsfähiger Massezufluss. . . . .	468
2.	Nachtragsverteilung bei Verfahrenseinstellung. . . . .	468

<b>Kapitel 12 Masseunzulänglichkeit</b> . . . . .	469
A. Vorbemerkung . . . . .	471
B. Regelungsdefizit der früheren Rechtsordnungen . . . . .	471
C. Außerkraftsetzung der Abweisung und Einstellung mangels Masse durch die Stundungsvorschriften . . . . .	473
D. Massekostenarmut i.S.d. § 207 InsO . . . . .	474
I. Differenzierung zwischen fehlender Kostendeckung nach § 207 InsO und drohender oder bereits eingetretener Masseinsuffizienz nach §§ 208 ff. InsO . . . . .	474
II. Feststellung der fehlenden Massekostendeckung i.S.d. § 207 InsO . . . . .	475
1. Zuständigkeit des Insolvenzverwalters für den Antrag auf Einstellung des Insolvenzverfahrens mangels Masse . . . . .	476
2. Ermittlung der fehlenden Kostendeckung . . . . .	476
3. Vorlage einer zeitnahen Kostendeckungsbilanz zum Nachweis der fehlenden Kostendeckung . . . . .	479
4. Überprüfung der Anzeige fehlender Massekostendeckung durch das Insolvenzgericht . . . . .	479
5. Entbehrlichkeit der Veröffentlichung des Antrags auf Einstellung des Verfahrens mangels Deckung der Verfahrenskosten . . . . .	480
III. Ausschluss der Verfahrenseinstellung nach § 207 Abs. 1 InsO bei Stundung der Verfahrenskosten . . . . .	481
IV. Keine Verfahrenseinstellung bei Kostendeckung durch Vorschussleistungen . . . . .	482
1. Bestimmung des Verfahrenskostenvorschusses im Fall des § 207 Abs. 1 Satz 2 InsO . . . . .	482
2. Vorschussfestsetzung durch das Insolvenzgericht . . . . .	483
3. Behandlung des eingezahlten Verfahrenskostenvorschusses durch den Insolvenzverwalter als Sondermasse . . . . .	483
4. Strategische Überlegungen vor der Übernahme von Vorschussleistungen . . . . .	483
5. Einzahlungsberechtigte Beteiligte im Fall des § 207 Abs. 1 Satz 2 InsO . . . . .	484
6. Kostenerstattungsanspruch gegen Gesellschaftsorgane bei Insolvenzverschleppung . . . . .	485
V. Gläubigerbeteiligung im Einstellungsverfahren nach § 207 InsO . . . . .	486
VI. Fortbestehende Rechte und Pflichten des Insolvenzverwalters vor einer Einstellung mangels Kostendeckung nach § 207 Abs. 1 InsO . . . . .	487
1. Ausschluss der Rückforderung früherer Auszahlungen . . . . .	487
2. Kein genereller Ausschluss weiterer Verwertungshandlungen des Verwalters . . . . .	488
3. Fortführung anhängiger Prozesse – Ablehnung von Prozesskostenhilfe bei Massekostenarmut . . . . .	488
4. Beendigung der steuerlichen Pflichten des Verwalters . . . . .	489
VII. Beschluss des Insolvenzgerichts über die Einstellung des Verfahrens mangels Kostendeckung . . . . .	490
1. Öffentliche Bekanntmachung des Einstellungsbeschlusses, Vorabinformation über den Zeitpunkt und das Wirksamwerden des Einstellungsbeschlusses und Rückfall der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis auf den Schuldner – § 215 Abs. 1, 2 InsO . . . . .	491
2. Zulässigkeit der Anfechtung des Einstellungsbeschlusses durch Insolvenzgläubiger und Schuldner – § 216 Abs. 1 InsO . . . . .	491
VIII. Rechtsfolgen der Einstellung mangels Verfahrenskostendeckung . . . . .	493
1. Konsequenzen der Einstellung mangels Kostendeckung für das Verwaltungs- und Verfügungsrecht über die Insolvenzmasse . . . . .	493
2. Zulässigkeit von Nachtragsverteilungen nach einer Einstellung mangels Masse . . . . .	495
3. Eintritt der uneingeschränkten Nachhaftung des Schuldners . . . . .	496
4. Keine Eintragung des Schuldners ins Schuldnerverzeichnis . . . . .	497
5. Aufbewahrung der Geschäftsunterlagen des Schuldners . . . . .	497
6. Gesellschaftsrechtliche Folgen der Einstellung mangels Kostendeckung . . . . .	497
E. Masseunzulänglichkeit im weiteren Sinne – §§ 208 ff. InsO . . . . .	498
I. Das Verfahren bei Masseunzulänglichkeit als eigenständiges Insolvenzverfahren . . . . .	498
II. Feststellung der fehlenden Deckung der sonstigen Masseverbindlichkeiten durch den Insolvenzverwalter . . . . .	500
1. Dokumentation des Eintritts der Masseunzulänglichkeit durch den Verwalter . . . . .	501
2. Haftungsrechtliche Verantwortlichkeit des Verwalters bei Masseinsuffizienz . . . . .	504

# Inhaltsverzeichnis

3.	Veröffentlichung der Anzeige der Masseinsuffizienz durch das Insolvenzgericht – maßgeblicher Zeitpunkt für den Eintritt ins masseunzulängliche Verfahren . . . . .	506
III.	Keine Gläubigerbeteiligung i.R.d. Anzeige des Insolvenzverwalters und des nachfolgenden Verfahrens nach den §§ 208 ff. InsO . . . . .	508
IV.	Erscheinungsformen der Masseunzulänglichkeit i.S.d. §§ 208 ff. InsO . . . . .	508
1.	Anzeige der bereits eingetretenen Masseinsuffizienz . . . . .	508
2.	Maßgaben für die Anzeige der »drohenden Masseunzulänglichkeit« i.S.d. § 208 Abs. 1 Satz 2 InsO . . . . .	509
3.	Unzulässigkeit der prophylaktischen Anzeige der Masseinsuffizienz . . . . .	511
4.	Unzulässigkeit der Anzeige im Hinblick auf eventuelle Masseverbindlichkeiten . . . . .	512
5.	Die verspätete Anzeige der Masseinsuffizienz. . . . .	512
V.	Wiederholte Anzeige der Masseunzulänglichkeit . . . . .	512
VI.	Zulässigkeit der Rückkehr ins regelgerechte Verfahren . . . . .	513
VII.	Fortbestand der Verwaltungs- und Verwertungsrechte des Insolvenzverwalters – Gebot der beschleunigten Abwicklung . . . . .	516
VIII.	Rechtsfolgen der Anzeige der Masseunzulänglichkeit auf das weitere Verfahren und die Rechtsstellung der Beteiligten . . . . .	518
1.	Prozessuale Folgen der Anzeige der Masseunzulänglichkeit . . . . .	518
2.	Weiterführung anhängiger Anfechtungsprozesse nach der Anzeige der Masseinsuffizienz . . . . .	521
3.	Zulässigkeit einer weiteren Insolvenzanfechtung nach Anzeige der Masseinsuffizienz. . . . .	522
4.	Nochmalige Erfüllungswahl bei gegenseitigen Verträgen nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit. . . . .	523
5.	Vollstreckungsrechtliche Auswirkungen der Anzeige der Masseinsuffizienz. . . . .	523
6.	Entsprechende Anwendung der Aufrechnungsverbote . . . . .	526
7.	Verbot des Erwerbs von Sicherungsrechten an Gegenständen der Insolvenzmasse nach Anzeige der Masseinsuffizienz . . . . .	527
IX.	Befriedigung der Massegläubiger nach Maßgabe des § 209 InsO . . . . .	527
1.	Vorrangigkeit der Kosten des Insolvenzverfahrens – § 209 Abs. 1 Nr. 1 InsO. . . . .	529
2.	Neumasseverbindlichkeiten i.S.d. § 209 Abs. 1 Nr. 2 InsO . . . . .	530
3.	Befriedigung der nachrangigen Massegläubiger – § 209 Abs. 1 Nr. 3 InsO . . . . .	532
X.	Erlas des Einstellungsbeschlusses durch das Insolvenzgericht . . . . .	532
1.	Mitteilung des Abschlusses der Verteilung der Insolvenzmasse an das Insolvenzgericht und Vorlage von Massegläubigerlisten. . . . .	533
2.	Abschluss der Verwertung und Verteilung durch den Verwalter . . . . .	534
3.	Die Rechnungslegungspflicht des Insolvenzverwalters. . . . .	535
4.	Weitere Folgen der Verfahrenseinstellung . . . . .	535
XI.	Zulässigkeit von Insolvenzplanverfahren nach Anzeige der Masseinsuffizienz . . . . .	536
<b>Kapitel 13 Beendigung des Verfahrens . . . . .</b>		<b>539</b>
A.	Aufhebung nach Schlussverteilung . . . . .	539
I.	Voraussetzungen . . . . .	539
1.	Finalisierung der Tabelle . . . . .	540
2.	Verteilungsverzeichnis . . . . .	540
II.	Verfahren. . . . .	541
1.	Formelle und materielle Schlussrechnungsprüfung . . . . .	541
2.	Schlussverzeichnis . . . . .	544
3.	Verfahren nach Genehmigung der Schlussverteilung . . . . .	545
4.	Rechtsmittel. . . . .	549
5.	Rechtsfolgen . . . . .	549
B.	Aufhebung nach Insolvenzplan . . . . .	550
I.	Verfahren. . . . .	550
II.	Rechtswirkungen . . . . .	551

III.	Rechtsmittel . . . . .	551
C.	Einstellung des Verfahrens . . . . .	551
I.	Einstellung mangels Masse § 207 InsO . . . . .	551
	1. Verfahren . . . . .	551
	2. Rechtswirkungen . . . . .	553
	3. Rechtsmittel . . . . .	554
II.	Einstellung wegen Masseunzulänglichkeit § 211 InsO . . . . .	554
	1. Verfahren . . . . .	554
	2. Rechtsfolgen . . . . .	555
	3. Rechtsmittel . . . . .	556
III.	Einstellung wegen Wegfalls des Eröffnungsgrundes § 212 InsO . . . . .	556
	1. Voraussetzungen . . . . .	556
	2. Verfahren . . . . .	556
	3. Rechtswirkungen . . . . .	557
	4. Rechtsmittel . . . . .	557
IV.	Einstellung mit Zustimmung der Gläubiger § 213 InsO . . . . .	557
	1. Verfahren . . . . .	557
	2. Rechtswirkungen . . . . .	558
	3. Rechtsmittel . . . . .	558
V.	Verfahrensbeendigung – öffentliche Bekanntmachung . . . . .	559
VI.	Weitere Folgen . . . . .	559
<b>Kapitel 14 Insolvenzplan . . . . .</b>		<b>560</b>
A.	Einleitung . . . . .	561
I.	Zweck und möglicher Vorteil eines Insolvenzplanverfahrens . . . . .	562
II.	Arten eines Insolvenzplans . . . . .	563
III.	Anwendungsbereich . . . . .	564
IV.	Rechtsnatur des Insolvenzplans . . . . .	565
V.	Auslegung eines Insolvenzplans . . . . .	565
B.	Gliederung und Inhalt des Insolvenzplans . . . . .	566
I.	Allgemeine Verfahrensdaten . . . . .	566
II.	Darstellender Teil des Insolvenzplans . . . . .	566
	1. Ziel und Regelungsstruktur des Insolvenzplans . . . . .	567
	2. Gruppenbildung . . . . .	568
	3. Wesentliche Informationen zum Schuldner . . . . .	568
	4. Noch durchzuführende Maßnahmen . . . . .	571
	5. Leitlinien des zukünftigen Unternehmens . . . . .	572
	6. Vergleichsrechnung/Quotenermittlung für die Gläubiger bei Durchführung des Regelinsolvenzverfahrens . . . . .	572
	7. Eingriff in Rechte von Insolvenzgläubigern aus gruppeninternen Drittsicherheiten . . . . .	573
	8. Ergebnis für die Gläubiger bei Annahme des Insolvenzplans . . . . .	573
	9. Sonstige Angaben im darstellenden Teil . . . . .	573
	10. Im Abstimmungstermin vorgesehener Beschluss . . . . .	574
III.	Gestaltender Teil des Insolvenzplans . . . . .	574
	1. Beteiligte . . . . .	574
	2. Sonderproblem: Unterhaltsforderungen ab Verfahrenseröffnung . . . . .	576
	3. Sonderproblem: Vergütungsregelungen im Plan . . . . .	576
	4. Gruppenbildung . . . . .	577
	5. Regelungsmöglichkeiten . . . . .	581
	6. Verzichts- und Abgeltungsklauseln . . . . .	592
	7. Salvatorische Klauseln . . . . .	593
	8. Sonstige zulässige Inhalte des gestaltenden Teils . . . . .	593

# Inhaltsverzeichnis

---

9. Wahrung der Rechtsstellung des Fiskus wegen einer Steuerstraftat nach § 370 AO . . . . .	593
10. Planberichtigungsrecht . . . . .	594
IV. Anlagen zum Insolvenzplan . . . . .	594
1. Pflichtanlagen . . . . .	595
2. Fakultative Anlagen. . . . .	597
C. Ablauf des Insolvenzplanverfahrens . . . . .	597
I. Vorlage des Insolvenzplans . . . . .	597
1. Planvorlage durch den Insolvenzverwalter. . . . .	598
2. Planvorlage durch den Schuldner . . . . .	600
3. Planvorlage durch den Sachwalter . . . . .	601
II. Plankonkurrenz bei mehreren Insolvenzplänen . . . . .	601
1. Gleichzeitige Vorlage mehrerer Pläne durch einen Vorlageberechtigten . . . . .	602
2. Gleichzeitige Vorlage mehrerer Pläne durch verschiedene Vorlageberechtigten . . . . .	602
3. Nachfolgende Vorlage mehrerer Pläne . . . . .	603
III. Gerichtliches Vorprüfungsverfahren. . . . .	603
1. Zurückweisung des Plans . . . . .	605
2. Stellungnahmen zum Plan . . . . .	609
3. Aussetzung von Verwertung und Verteilung . . . . .	610
4. Niederlegung des Plans . . . . .	611
IV. Annahme und Bestätigung des Insolvenzplans. . . . .	612
1. Erörterungs- und Abstimmungstermin. . . . .	612
2. Obstruktionsverbot. . . . .	623
3. Zustimmung nachrangiger Insolvenzgläubiger. . . . .	629
4. Zustimmung der Anteilsinhaber . . . . .	629
5. Zustimmung des Schuldners. . . . .	629
6. Gerichtliche Bestätigung des Insolvenzplans . . . . .	630
7. Bekanntgabe der Entscheidung. . . . .	639
8. Rechtsmittel. . . . .	640
V. Aufhebung des Insolvenzverfahrens . . . . .	646
1. Planerfüllung . . . . .	647
2. Behandlung von Masseansprüchen . . . . .	647
3. Erfordernis einer Schlussrechnung und eines Schlusstermins . . . . .	648
4. Verfahren. . . . .	649
5. Wirkungen der Verfahrensaufhebung. . . . .	650
D. Wirkungen des bestätigten Insolvenzplans . . . . .	651
I. Allgemeine Wirkungen des Insolvenzplans . . . . .	651
II. Rechte an Gegenständen, Sonstige Wirkungen des Plans . . . . .	653
III. Desinteressierte Insolvenzgläubiger und dissentierende Beteiligte . . . . .	654
1. Problem der »Nachzügler« . . . . .	654
2. Die Lösung nach dem ESUG . . . . .	655
3. Zulässigkeit von Ausschlussklauseln für bestrittene Forderungen und Ausfallforderungen . . . . .	658
IV. Wiederauflebensklausel . . . . .	659
V. Vollstreckung aus dem Plan . . . . .	662
VI. Steuerliche Folgen des Insolvenzplans. . . . .	662
1. Sanierungsgewinn . . . . .	662
2. Steuerfestsetzung nach Aufhebung des Insolvenzverfahrens . . . . .	666
E. Überwachung der Planerfüllung . . . . .	667
I. Gegenstand der Überwachung . . . . .	667
II. Person des Überwachenden . . . . .	668
III. Aufgaben und Befugnisse des Planüberwachers . . . . .	668
IV. Kreditrahmen. . . . .	670
V. Dauer, Aufhebung und Kosten der Überwachung . . . . .	672
VI. Sonderproblem: Planüberwachung und Insolvenzgeld . . . . .	673

<b>Kapitel 15 Eigenverwaltung</b> . . . . .	675
A. Einleitung . . . . .	675
I. Zweck der Eigenverwaltung . . . . .	677
II. Grundzüge der Regelung . . . . .	678
III. Anwendungsbereich . . . . .	679
B. Anordnung der Eigenverwaltung . . . . .	680
I. Anordnung im Eröffnungsbeschluss . . . . .	680
1. Voraussetzungen . . . . .	680
2. Entscheidung des Gerichts . . . . .	697
II. Nachträgliche Anordnung der Eigenverwaltung . . . . .	700
1. Voraussetzungen . . . . .	701
2. Entscheidung des Gerichts . . . . .	701
III. Schutzschirmverfahren . . . . .	703
1. Voraussetzungen . . . . .	704
2. Entscheidung des Gerichts . . . . .	707
3. Beendigung des Schutzschirmverfahrens . . . . .	709
C. Aufgaben und Befugnisse im Verfahren der Eigenverwaltung . . . . .	710
I. Rechtsstellung des Schuldners . . . . .	711
1. Mittel zur Lebensführung des Schuldners . . . . .	713
2. Unterrichtung der Gläubiger . . . . .	713
3. Verwertung von Sicherungsgut . . . . .	714
4. Befriedigung der Insolvenzgläubiger . . . . .	714
5. Prozessführung . . . . .	715
6. Haftung des Schuldners . . . . .	715
II. Rechtsstellung des Sachwalters . . . . .	716
1. Aufsicht über den Schuldner . . . . .	716
2. Übernahme der Kassenführung . . . . .	717
3. Haftung, Insolvenzanfechtung . . . . .	717
4. Unterrichtung der Gläubiger . . . . .	717
5. Führung der Insolvenztabelle . . . . .	718
6. Befriedigung der Insolvenzgläubiger . . . . .	718
7. Anzeige der Masseunzulänglichkeit . . . . .	718
III. Rechtsstellung von Gesellschaftsorganen des Schuldners . . . . .	719
D. Aufhebung der Eigenverwaltung . . . . .	721
I. Antrag der Gläubigerversammlung . . . . .	721
II. Antrag eines Gläubigers . . . . .	722
III. Antrag des Schuldners . . . . .	723
IV. Eigenständiges Aufhebungsrecht des Gerichts . . . . .	724
V. Entscheidung des Gerichts . . . . .	724
E. Insolvenzplanverfahren in Eigenverwaltung . . . . .	726
I. Vorlage des Insolvenzplans . . . . .	726
1. Planvorlage durch den Schuldner . . . . .	727
2. Planvorlage durch den Sachwalter . . . . .	728
II. Besonderheiten des Ablaufs eines Insolvenzplanverfahrens in Eigenverwaltung . . . . .	729
III. Überwachung der Planerfüllung . . . . .	730
<b>Kapitel 16 Konzerninsolvenzrecht</b> . . . . .	731
A. Einführung . . . . .	734
I. Notwendigkeit für die Kodifizierung eines Konzerninsolvenzrechts . . . . .	734
II. Konzepte für die Kodifizierung eines Konzerninsolvenzrechts . . . . .	735
1. Konzept der materiellen Konsolidierung . . . . .	735
2. Konzept der verfahrensmäßigen Konsolidierung . . . . .	736

# Inhaltsverzeichnis

3.	Konzept der Verfahrenszentralisierung und -koordinierung	736
4.	Konzept der EuInsVO	737
III.	Historie des Gesetzgebungsverfahrens	737
B.	Unternehmensgruppe (§ 3e InsO)	738
I.	Begriff der Unternehmensgruppe	738
1.	Rechtlich selbstständige Unternehmen	739
2.	Mittelbare oder unmittelbare Verbindung	740
3.	Gruppenmitglieder aus anderen Mitgliedstaaten	742
II.	Kapitalistische Personengesellschaft	743
III.	Konzernbegriff der EuInsVO	744
C.	Gruppen-Gerichtsstand	744
I.	Inhalt und Zweck der Vorschrift	744
II.	Voraussetzungen für die Bildung eines Gruppen-Gerichtsstands	745
1.	Eröffnungsantrag des Schuldners	746
2.	Eröffnungsantrag eines Gläubigers	749
3.	Antrag zur Begründung eines Gruppen-Gerichtsstands	750
4.	Inhaltliche Angaben zur Begründung eines Gruppen-Gerichtsstands	751
III.	Pflichtangaben und Unterlagen nach § 13a InsO	753
1.	Angaben nach § 13a Abs. 1 Nr. 1 InsO	753
a)	Name des Unternehmens	754
b)	Sitz des Unternehmens	754
c)	Angaben zum Unternehmensgegenstand	754
d)	Angaben zur Bilanz und zur durchschnittlichen Arbeitnehmeranzahl	754
e)	Art und Weise der Angaben nach § 13a Abs. 1 Nr. 1 InsO	754
2.	Gemeinsames Interesse an der Verfahrenskonzentration, § 13a Abs. 1 Nr. 2 InsO	755
3.	Fortführung und Sanierung der Unternehmensgruppe, § 13a Abs. 1 Nr. 3 InsO	755
4.	Angaben zu gruppenangehörigen beaufsichtigten Finanzinstituten, § 13a Abs. 1 Nr. 4 InsO	756
5.	Angaben über Verfahren gruppenangehöriger Unternehmen, § 13a Abs. 1 Nr. 5 InsO	756
6.	Beizufügende Unterlagen, § 13a Abs. 2 InsO	756
IV.	Prioritätsprinzip, § 3a Abs. 2 S. 1 InsO	757
V.	Entscheidung des Gerichts	758
VI.	Veröffentlichung	759
VII.	Fortbestehen des Gruppen-Gerichtsstand, § 3b InsO	759
1.	Regelungszweck	759
2.	Fallgruppen des § 3b InsO	760
VIII.	Zuständigkeit für Gruppen-Folgeverfahren, § 3c InsO	761
1.	Fallgruppen	761
2.	Gerichtsinterne Zuständigkeit innerhalb des Gruppen-Gerichtsstandgerichts	761
3.	Konkurrenz von Gruppen-Gerichtsstand gem. § 3a InsO und allgemeinen Gerichtsstand gem. § 3 InsO	761
IX.	Verweisung an den Gruppen-Gerichtsstand § 3d InsO	762
1.	Fallgruppen des § 3d InsO	762
a)	Bereits begründeter Gruppen-Gerichtsstand	762
b)	Noch zu begründender Gruppen-Gerichtsstand	763
2.	Entscheidung über die Verweisung	764
3.	Abberufung eines (vorläufigen) Insolvenzverwalters	765
a)	Abberufung eines vorläufigen Insolvenzverwalters	765
b)	»Abberufung« eines Insolvenzverwalters	765
c)	Entscheidung über die Abberufung	766
d)	Vergütungsanspruch des abberufenen/entlassenen vorläufigen Insolvenzverwalters	766
D.	Verwalterbestellung bei Schuldern derselben Unternehmensgruppe (§ 56b InsO)	766
I.	Ziel der Regelung	766
II.	Inhalt der Regelung	767

1.	Verfahren bei verschiedenen Gerichten . . . . .	767
2.	Abstimmung der verschiedenen Gerichte . . . . .	767
3.	Umfang der Einbeziehung . . . . .	768
4.	Interessenabwägung bei der Bestellungsentscheidung . . . . .	768
5.	Einzelne Erwägungen . . . . .	768
6.	Unabhängigkeit des Einheitsverwalters . . . . .	769
7.	Bestellung von Sonderinsolvenzverwaltern . . . . .	769
8.	Entscheidung des Gerichts . . . . .	769
9.	Beteiligung des vorläufigen Gläubigerausschusses . . . . .	770
10.	Beteiligung des vorläufigen Gläubigerausschusses bei der Bestellung von Sonderinsolvenzverwaltern . . . . .	770
E.	Zusammenarbeit der Verfahrensorgane . . . . .	771
I.	Zusammenarbeit der Insolvenzverwalter (§ 269a InsO) . . . . .	771
1.	Adressaten der Kooperationspflicht . . . . .	771
2.	Kooperationspflichten . . . . .	773
3.	Grenzen der Kooperationspflicht . . . . .	775
4.	Durchsetzung der Kooperationspflicht . . . . .	777
5.	Rechtliche Formalisierung der Kooperationspflichten . . . . .	778
II.	Zusammenarbeit der Gerichte (§ 269b InsO) . . . . .	780
1.	Zweck der Regelung . . . . .	780
2.	Erfasste Gerichte . . . . .	780
3.	Form der Zusammenarbeit . . . . .	780
4.	Einzelne Informationspflichten . . . . .	781
a)	Anordnung von Sicherungsmaßnahmen . . . . .	781
b)	Eröffnung des Verfahrens/Bestellung eines Insolvenzverwalters . . . . .	782
c)	Wesentliche verfahrensleitende Entscheidungen . . . . .	782
d)	Der Umfang der Insolvenzmasse . . . . .	782
e)	Vorlage von Insolvenzplänen und sonstige verfahrensbeendende Maßnahmen . . . . .	782
f)	Sonstige Informationen . . . . .	782
5.	Grenzen der Zusammenarbeit . . . . .	783
6.	Durchsetzung der Zusammenarbeit . . . . .	783
III.	Zusammenarbeit der Gläubigerausschüsse (§ 269c InsO) . . . . .	784
1.	Überblick . . . . .	784
2.	Anwendungsbereich . . . . .	784
3.	Antrag auf Einsetzung eines Gruppen-Gläubigerausschusses . . . . .	784
4.	Anhörung der anderen Gläubigerausschüsse . . . . .	785
5.	Entscheidung des Gerichts . . . . .	785
6.	Personelle Besetzung . . . . .	786
7.	Mitgliedschaft im Gruppen-Gläubigerausschuss . . . . .	787
8.	Aufgaben des Gruppen-Gläubigerausschusses . . . . .	788
9.	Nachträgliche Veränderungen im Gruppen-Gläubigerausschuss . . . . .	789
10.	Haftung der Mitglieder . . . . .	791
11.	Beschlussfassung . . . . .	791
12.	Beendigung . . . . .	791
13.	Vergütung . . . . .	792
F.	Das Koordinationsverfahren (§ 269d ff. InsO) . . . . .	792
I.	Koordinationsgericht (§ 269d InsO) . . . . .	792
1.	Allgemeines . . . . .	792
2.	Zuständiges Gericht . . . . .	793
3.	Antrag . . . . .	793
4.	Entscheidung des Gerichts . . . . .	794
5.	Rechtsmittel . . . . .	795
6.	Beendigung . . . . .	795

# Inhaltsverzeichnis

II.	Der Verfahrenskoordinator (§ 269e InsO) . . . . .	795
1.	Allgemeines . . . . .	795
2.	Anforderungsprofil des Verfahrenskoordinators . . . . .	796
a)	Allgemeine Unabhängigkeit . . . . .	796
b)	Unabhängigkeit von Insolvenzverwaltern/Sachwaltern . . . . .	796
c)	Fachliche Qualifikation . . . . .	797
3.	Das Bestellungsverfahren . . . . .	797
a)	Beteiligung der Gläubiger . . . . .	797
b)	Entscheidung des Gerichts . . . . .	798
III.	Aufgaben und Rechtsstellung des Verfahrenskoordinators (§ 269f InsO) . . . . .	798
1.	Aufgaben des Verfahrenskoordinators . . . . .	798
2.	Kooperationspflicht der Insolvenzverwalter . . . . .	799
3.	Rechtsstellung des Verfahrenskoordinators . . . . .	800
IV.	Vergütung des Verfahrenskoordinators (§ 269g InsO) . . . . .	800
1.	Allgemeines . . . . .	800
2.	Anspruch auf Vergütung und Auslagenersatz . . . . .	800
3.	Verteilung der Kosten . . . . .	801
4.	Festsetzung der Kosten . . . . .	802
V.	Koordinationsplan (§ 269h InsO) . . . . .	802
1.	Initiativrecht für Vorlage eines Koordinationsplans . . . . .	803
2.	Beteiligung des Gruppen-Gläubigerausschusses . . . . .	804
3.	Inhalt eines Koordinationsplans . . . . .	805
4.	Rechtswirkungen eines Koordinationsplans . . . . .	807
5.	Bestätigung eines Koordinationsplans . . . . .	807
6.	Rechtsmittel gegen einen Koordinationsplan . . . . .	809
VI.	Abweichungen von einem Koordinationsplan (§ 269i InsO) . . . . .	809
1.	Erläuterung eines Koordinationsplans . . . . .	810
2.	Begründung von Abweichungen von einem Koordinationsplan . . . . .	811
3.	Umsetzungspflicht in einem Insolvenzplan . . . . .	812
G.	Eigenverwaltung bei gruppenangehörigen Unternehmen (§ 270g InsO) . . . . .	814
H.	Konkurrenzverhältnis zu europäischem Konzerninsolvenzrecht . . . . .	815
<b>Kapitel 17</b>	<b>Verbraucherinsolvenz</b> . . . . .	<b>817</b>
A.	Erstmalige Einführung eines Verbraucherinsolvenz- und Schuldenbereinigungsverfahrens durch den Gesetzgeber der Insolvenzordnung . . . . .	817
I.	Finanzierung von Verbraucherinsolvenzverfahren . . . . .	819
II.	Ansätze zu einer Herabsetzung der Kosten des Verfahrens . . . . .	820
III.	Systembrüche im Rahmen der §§ 304 ff. InsO seit dem Gesetz zur Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens und zur Stärkung der Gläubigerrechte vom 15.7.2013 . . . . .	820
B.	Verfahrensstufen auf dem Weg zur Restschuldbefreiung . . . . .	821
C.	Persönlicher Anwendungsbereich der §§ 304 ff. InsO . . . . .	822
I.	Begriff der selbstständigen Tätigkeit . . . . .	823
II.	Feinabstimmung bei beendeter selbstständiger Tätigkeit . . . . .	824
1.	Überschaubarkeit der Vermögensverhältnisse . . . . .	825
2.	Keine Verbindlichkeiten aus Arbeitsverhältnissen . . . . .	825
III.	Amtsermittlungspflicht des Insolvenzgerichts und Rechtsbehelfsmöglichkeiten . . . . .	826
D.	Das außergerichtliche Schuldenbereinigungsverfahren . . . . .	827
I.	Anspruch und Wirklichkeit der außergerichtlichen Schuldenbereinigung . . . . .	827
II.	Inhaltliche Anforderungen an einen außergerichtlichen Schuldenbereinigungsplan . . . . .	828
III.	Verfahren des außergerichtlichen Einigungsversuchs . . . . .	829
E.	Besondere Antragsvoraussetzungen im Verfahren nach den §§ 304 ff. InsO . . . . .	829
I.	Formularzwang . . . . .	831

II.	Bescheinigung und Angaben über die gescheiterte außergerichtliche Einigung . . . . .	831
III.	Erklärung über die Beantragung der Restschuldbefreiung . . . . .	832
IV.	Verzeichnisse des § 305 Abs. 1 Nr. 3 InsO . . . . .	833
	1. Vermögensübersicht und Vermögensverzeichnis . . . . .	833
	2. Gläubiger- und Forderungsverzeichnis . . . . .	833
V.	Gerichtlicher Schuldenbereinigungsplan . . . . .	834
F.	Durchführung des gerichtlichen Schuldenbereinigungsverfahrens . . . . .	834
I.	Planinhalt und Plantypen . . . . .	835
II.	Erforderlichkeit von verfahrenssichernden Klauseln . . . . .	835
III.	Verfahren . . . . .	836
IV.	Zustimmung und Zustimmungsersetzung . . . . .	837
	1. Zustimmungsfiktion . . . . .	837
	2. Zustimmungsersetzung . . . . .	838
V.	Rechtsfolgen eines angenommenen Plans . . . . .	841
VI.	Rechtsfolgen des Scheiterns des gerichtlichen Schuldenbereinigungsverfahrens . . . . .	841
G.	Durchführung Insolvenzverfahrens . . . . .	841
H.	Vergütung in Verbraucherinsolvenzverfahren . . . . .	843
<b>Kapitel 18 Restschuldbefreiungsverfahren . . . . .</b>		<b>845</b>
A.	Grundlagen der Restschuldbefreiung . . . . .	850
I.	Restschuldbefreiung als weiteres Verfahrensziel der InsO . . . . .	850
II.	Gründe für die Einführung eines Restschuldbefreiungsverfahrens . . . . .	850
	1. Diskussionen um die Ankopplung an das Insolvenzrecht . . . . .	852
	2. Verfassungsrechtliche Diskussion um die Restschuldbefreiung . . . . .	852
	3. Überwindung der Grenzen der bloßen Vollstreckungsbeschränkung des § 18 Abs. 2 Satz 3 GesO . . . . .	855
	4. Ausländische Restschuldbefreiung als Alternative . . . . .	856
III.	Reformschritte nach Inkrafttreten der InsO . . . . .	856
	1. Das Insolvenzrechtsänderungsgesetz 2001 . . . . .	856
	2. Gesetzentwürfe zur Änderung des Verbraucherinsolvenzrechts . . . . .	858
	3. Gesetz zur Verkürzung des Insolvenzverfahrens . . . . .	859
	4. Gesetz zur weiteren Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens . . . . .	862
IV.	Durchbrechung des Prinzips der uneingeschränkten Nachhaftung . . . . .	865
V.	Restschuldbefreiung durch Insolvenzplanverfahren . . . . .	865
	1. Einschränkunglose Anwendbarkeit des Insolvenzplanverfahrens . . . . .	866
	2. Eintritt der Restschuldbefreiung mit Rechtskraft des Bestätigungsbeschlusses . . . . .	866
	3. Restschuldbefreiung natürlicher Personen durch Insolvenzplan . . . . .	867
VI.	Restschuldbefreiung und besondere Verfahrensarten der InsO . . . . .	874
	1. Restschuldbefreiung in massearmen Insolvenzverfahren . . . . .	874
	2. Restschuldbefreiung bei vorzeitiger Verfahrenseinstellung . . . . .	875
	3. Verfahren mit Eigenverwaltung des Schuldners . . . . .	875
	4. Verbraucherinsolvenzverfahren . . . . .	879
B.	Erfasster Personenkreis . . . . .	880
I.	Zulässigkeit von Verfahren mit nur einem Gläubiger . . . . .	880
II.	Keine Anwendung der §§ 286 ff. InsO auf juristische Personen und Personenhandelsgesellschaften . . . . .	881
C.	Einleitung des Restschuldbefreiungsverfahrens . . . . .	881
I.	Neuregelung der Antragsvoraussetzungen für ab dem 1. Juli 2014 gestellte Schuldneranträge . . . . .	882
	1. Unzulässigkeit des Antrags auf Erteilung der Restschuldbefreiung . . . . .	883
	2. Gesetzlich geregelte Unzulässigkeitsgründe . . . . .	886
	3. Hinweis auf die Möglichkeit der Rücknahme des Antrags . . . . .	890
	4. Öffentliche Bekanntmachung und Beschwerderechte . . . . .	890

# Inhaltsverzeichnis

---

II.	Hinweispflicht des Insolvenzgerichts bei Eigenantragstellung des Schuldners . . . . .	891
III.	Anschließung des Schuldners an einen Gläubigerantrag . . . . .	892
IV.	Antragstellung im vereinfachten Insolvenzverfahren . . . . .	893
	1. Abgabe einer Erklärung zur Restschuldbefreiung . . . . .	894
	2. Formularzwang im Verbraucherinsolvenzverfahren . . . . .	894
V.	Inhalt der Abtretungserklärung . . . . .	894
	1. Wirksamwerden und Dauer der Abtretungserklärung . . . . .	897
	2. Gegenstände der Abtretungserklärung . . . . .	898
	3. Hinweis auf bestehende Abtretungen in Altverfahren . . . . .	899
	4. Unwirksamkeit von Abtretungsbeschränkungen . . . . .	899
D.	Beginn des Restschuldbefreiungsverfahrens . . . . .	899
I.	Ankündigung der Restschuldbefreiung in Altverfahren nach Anhörung der Gläubiger im Schlusstermin . . . . .	900
II.	Bedeutung des Schlusstermins in Neuverfahren . . . . .	901
III.	Abschließender Charakter der gesetzlichen Versagungsgründe . . . . .	903
IV.	Voraussetzungen des Antrags auf Versagung der Restschuldbefreiung . . . . .	904
	1. Beschränkung der Antragsbefugnis auf die Insolvenzgläubiger . . . . .	904
	2. Trennung von Versagungsgründen im eröffneten Verfahren und Obliegenheitsverletzungen in der Wohlverhaltensphase . . . . .	906
	3. Form und Inhalt des Antrags auf Versagung der Restschuldbefreiung . . . . .	907
	4. Glaubhaftmachung von Versagungsgründen . . . . .	908
	5. Rücknahme des Versagungsantrags . . . . .	909
V.	Katalog der gesetzlichen Versagungsgründe . . . . .	910
	1. Rechtskräftige Verurteilung wegen einer Insolvenzstrafat – § 290 Abs. 1 Nr. 1 InsO . . . . .	910
	2. Unrichtige Angaben bei Kredit- und Subventionsanträgen in den letzten 3 Jahren vor Stellung des Eröffnungsantrags – § 290 Abs. 1 Nr. 2 InsO . . . . .	913
	3. 10-Jahres-Sperre bei Erteilung oder Versagung der Restschuldbefreiung wegen einer Obliegenheitspflichtverletzung – § 290 Abs. 1 Nr. 3 InsO a.F. . . . .	915
	4. Versagung der Restschuldbefreiung wegen der Begründung unangemessener Verbindlichkeiten, Vermögensverschwendung und Antragsverzögerung – § 290 Abs. 1 Nr. 4 InsO . . . . .	918
	5. Verstöße gegen die Erfüllung der Auskunft- und Mitwirkungspflichten im Insolvenzverfahren – § 290 Abs. 1 Nr. 5 InsO . . . . .	921
	6. Verletzung der Pflicht zur Vorlage vollständiger und richtiger Verzeichnisse i.R.d. § 305 Abs. 1 Nr. 3 InsO – § 290 Abs. 1 Nr. 6 InsO . . . . .	925
	7. Verletzung der Erwerbsobliegenheit des Schuldners im eröffneten Verfahren – § 290 Abs. 1 Nr. 7 InsO . . . . .	928
VI.	Gerichtliche Entscheidung über den Antrag auf Restschuldbefreiung . . . . .	930
	1. Treuhänderbestellung in Altverfahren . . . . .	930
	2. Bestellung des Treuhänders in ab dem 1. Juli 2014 beantragten Verfahren . . . . .	931
	3. Auswahl des Treuhänders im Restschuldbefreiungsverfahren . . . . .	932
	4. Abgrenzung der Tätigkeit von Rechtspfleger und Richter . . . . .	932
	5. Beschwerderechte der Beteiligten . . . . .	932
	6. Bekanntmachung der Entscheidung . . . . .	933
VII.	Entscheidung über Versagungsanträge bei besonderen Verfahrenslagen . . . . .	934
	1. Zeitpunkt der Antragstellung und Entscheidung bei Anordnung des schriftlichen Verfahrens in Altfällen . . . . .	934
	2. Jederzeitiges schriftliches Antragsrecht in Neuverfahren . . . . .	934
	3. Anordnung des schriftlichen Verfahrens bei Masseunzulänglichkeit . . . . .	935
	4. Durchführung des schriftlichen Verfahrens zur Ankündigung der Restschuldbefreiung in Altfällen . . . . .	935
VIII.	Vorzeitige Erteilung der Restschuldbefreiung bei fehlenden Forderungsanmeldungen . . . . .	936
IX.	Vorzeitige Beendigung des Restschuldbefreiungsverfahrens in besonderen Fällen nach Altrecht . . . . .	937

1.	Befriedigung sämtlicher Gläubiger in der Wohlverhaltensphase . . . . .	937
2.	Rücknahme des Antrags auf Restschuldbefreiung in der Wohlverhaltensphase . . . . .	937
3.	Tod des Schuldners . . . . .	938
4.	Austausch der Gläubiger durch Kreditaufnahme und/oder Vergleich mit den Gläubigern . .	938
5.	Vorzeitige Entscheidung über die Restschuldbefreiung bei Ablauf der Abtretungszeit vor Aufhebung des Insolvenzverfahrens in den sog. asymmetrischen Verfahren . . . . .	939
E.	Restschuldbefreiung im masseinsuffizienten Insolvenzverfahren . . . . .	944
I.	Verzicht auf die Durchführung eines Schlusstermins . . . . .	945
II.	Erstellung eines Schlussverzeichnisses als Grundlage für die Verteilungen des Treuhänders in der Wohlverhaltensphase . . . . .	945
III.	Befriedigung der im Verfahren offen gebliebenen »sonstigen Masseverbindlichkeiten« durch den Treuhänder in der Wohlverhaltensphase . . . . .	946
IV.	Erstreckung der Restschuldbefreiung auf Masseverbindlichkeiten . . . . .	946
F.	Stellung des Treuhänders im Restschuldbefreiungsverfahren . . . . .	947
I.	Auswahl des Treuhänders im Restschuldbefreiungsverfahren . . . . .	948
1.	Keine Bindung an Vorschläge der Beteiligten . . . . .	948
2.	Fortdauer der Bestellung des Verwalters/Treuhänders aus dem eröffneten Verfahren in Altverfahren . . . . .	948
3.	Keine isolierte Anfechtung der Treuhänderbestellung . . . . .	949
II.	Aufgaben des Treuhänders in der Wohlverhaltensphase . . . . .	949
1.	Rückführung der Stundungskosten . . . . .	950
2.	Motivationsrabatt des Schuldners in der Abtretungsphase nach altem Recht . . . . .	950
3.	Stellung von Anträgen nach §§ 850 ff. ZPO . . . . .	952
4.	Überwachung des Schuldners als Sonderaufgabe i.S.d. § 292 Abs. 2 InsO . . . . .	952
III.	Rechtliche Stellung des Treuhänders in der Wohlverhaltensphase . . . . .	953
1.	Entlassung des Treuhänders in der Wohlverhaltensphase . . . . .	954
2.	Haftung des Treuhänders in der Wohlverhaltensphase . . . . .	954
IV.	Vergütung des Treuhänders im Restschuldbefreiungsverfahren . . . . .	955
1.	Regelvergütung des Treuhänders in der Wohlverhaltensphase . . . . .	956
2.	Jährliche Mindestvergütung des Treuhänders . . . . .	956
3.	Festsetzungsverfahren . . . . .	957
4.	Entnahme von Vorschüssen . . . . .	957
G.	Stellung des Schuldners während der Treuhandphase . . . . .	957
I.	Änderungen durch das (erste) Gesetz zur Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens . . . .	958
1.	Aufgabe der Trennung zwischen eröffneten Verfahren und Abtretungszeit – Geltendmachung von Versagungsgründen in der Wohlverhaltensphase . . . . .	958
2.	Anträge auf Versagung der Restschuldbefreiung nach § 297a InsO n.F. in Neuverfahren . . .	959
3.	Eingeschränkter Anwendungsbereich des § 297 InsO n.F. . . . .	960
II.	Obliegenheitspflichten des Schuldners während der regelmäßigen sechsjährigen Abtretungszeit in den bis zum 30.9.2020 beantragten Verfahren . . . . .	960
1.	Keine inhaltlichen Veränderungen der Obliegenheiten und des Versagungsverfahrens in der Wohlverhaltensphase durch das Verkürzungsgesetz 2014 . . . . .	961
2.	Ausübung einer angemessenen Erwerbstätigkeit . . . . .	962
3.	Eingeschränkte Verpflichtung zur Herausgabe ererbten Vermögens . . . . .	965
4.	Anzeigepflichten des Schuldners . . . . .	966
5.	Gleichbehandlungspflicht . . . . .	968
6.	Heilung von Obliegenheitspflichtverletzungen . . . . .	968
III.	Neue Obliegenheiten des Schuldners in den ab dem 01.10.2020 beantragten Verfahren . . . . .	968
1.	Erweiterte Abführungspflicht für Schenkungen und Gewinne . . . . .	969
2.	Anwendung des Halbteilungsgrundsatzes bei Schenkungen in der Abtretungszeit . . . . .	969
3.	Einführung eines Klärungsbeschlusses des Insolvenzgerichts . . . . .	970
4.	Erstreckung der Abführungspflicht auf Gewinne in der Wohlverhaltensphase . . . . .	970

# Inhaltsverzeichnis

5.	Neuer Versagungsgrund der Begründung unangemessener Verbindlichkeiten in der Treuhandperiode. . . . .	971
IV.	Obliegenheiten des Schuldners bei selbstständiger Erwerbstätigkeit in den bis zum 30.12.2020 beantragten Verfahren . . . . .	972
1.	Auskunftsobligationen des selbstständig tätigen Schuldners hinsichtlich seiner Einnahmen . . . . .	972
2.	Berücksichtigung von besonderen persönlichen Umständen . . . . .	973
3.	Pflichten des Schuldners bei unzureichenden Einnahmen . . . . .	973
4.	Bestimmung der Höhe der vom Schuldner abzuführenden Beträge . . . . .	974
5.	Pflicht des Schuldners zur kontinuierlichen Abführung von Geldbeträgen. . . . .	974
6.	Entsprechende Anwendung des § 295 Abs. 2 InsO bei Freigabe der selbstständigen Tätigkeit im eröffneten Verfahren nach § 35 Abs. 2 InsO . . . . .	975
7.	Keine Erweiterung der Abführungspflicht bei überdurchschnittlichen Einnahmen des Schuldners. . . . .	976
V.	Obliegenheiten des Schuldners bei selbstständiger Erwerbstätigkeit in den ab dem 30.12.2020 beantragten Verfahren . . . . .	976
1.	Neuregelung der Abführungspflicht in § 295a InsO. . . . .	976
2.	Mögliche gerichtliche Feststellung des abzuführenden Betrages . . . . .	977
3.	Entsprechende Anwendung im eröffneten Verfahren . . . . .	978
4.	Pflichten des Schuldners in Mangelfällen . . . . .	978
5.	Maßstab für die Festsetzung der abzuführenden Beträge . . . . .	979
VI.	Versagung der Restschuldbefreiung bei Obliegenheitsverstößen während der Wohlverhaltensphase . . . . .	979
1.	Gläubigerantrag mit Glaubhaftmachung der Antragsvoraussetzungen . . . . .	980
2.	Prüfung des Versagungsantrags durch das Insolvenzgericht . . . . .	981
VII.	Versagung der Restschuldbefreiung aufgrund einer rechtskräftigen Verurteilung wegen einer Insolvenzstraftat . . . . .	983
VIII.	Fehlende Deckung der Mindestvergütung des Treuhänders . . . . .	985
1.	Bedeutungsverlust des § 298 InsO durch Einführung der Stundungsvorschriften . . . . .	985
2.	Voraussetzungen für den Antrag des Schuldners . . . . .	986
3.	Verfahren zur Versagung der Restschuldbefreiung wegen fehlender Deckung der Mindestvergütung. . . . .	986
H.	Stellung der Gläubiger in der Wohlverhaltensphase . . . . .	987
I.	Stellung der absonderungsberechtigten Gläubiger während des Restschuldbefreiungsverfahrens . . . . .	988
II.	Stellung der Insolvenzgläubiger in der Wohlverhaltensphase . . . . .	988
1.	Vollstreckungsverbot während der Laufzeit der Abtretungserklärung. . . . .	989
2.	Nichtigkeit von Sonderabkommen . . . . .	990
3.	Aufrechnungsverbot in der Wohlverhaltensphase . . . . .	991
4.	Zulässigkeit von Erkenntnisverfahren während der Wohlverhaltensphase – Zulässigkeit vorbereitender Maßnahmen . . . . .	992
III.	Verteilung vom Schuldner verheimlichten Vermögens . . . . .	993
IV.	Behandlung unberücksichtigter Insolvenzgläubiger . . . . .	994
I.	Erteilung der Restschuldbefreiung und deren Wirkungen . . . . .	995
I.	Regelungsunterschiede für die Erteilung der Restschuldbefreiung in vor und ab dem 1. Juli 2014 beantragten Insolvenzverfahren . . . . .	995
II.	Verfahren zur Entscheidung über die Erteilung der Restschuldbefreiung in vor dem 1. Juli 2014 beantragten Verfahren . . . . .	996
1.	Stellung von Versagungsanträgen im Verfahren nach § 300 InsO . . . . .	997
2.	Die Entscheidung des Insolvenzgerichts . . . . .	999
3.	Rechtsmittel und öffentliche Bekanntmachung . . . . .	1000
4.	Rechtsfolgen der Entscheidung über die Restschuldbefreiung . . . . .	1000
III.	Voraussetzungen für die Erteilung der Restschuldbefreiung in ab dem 1. Juli 2014 beantragten Verfahren. . . . .	1001
1.	Gesetzliche Möglichkeiten zur Verkürzung der Abtretungszeit . . . . .	1002

2.	Vorzeitige Erteilung der Restschuldbefreiung bei fehlenden Anmeldungen	1003
3.	Verkürzung des Verfahrens auf drei Jahre	1003
4.	Verkürzung des Verfahrens auf fünf Jahre	1007
5.	Verfahren zur Erteilung der Restschuldbefreiung/Folgen der Entscheidung über die Restschuldbefreiung	1008
IV.	Einheitliche Erteilung der Restschuldbefreiung nach 3 Jahren in ab dem 1. Oktober 2020 beantragten Verfahren	1008
1.	Zustandekommen des Gesetzes zur weiteren Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens	1008
2.	Wirksamwerden der Abtretungserklärung nach Ablauf von 3 Jahren	1010
3.	Verlängerte Abtretungsfrist in Zweitverfahren nach Erteilung der RSB nach Ablauf von 3 Jahren	1011
4.	Rückwirkende Verkürzung der Laufzeit der Abtretungserklärung in Altfällen	1011
5.	Evaluierung der Laufzeitverkürzung zur Jahresmitte 2024	1013
V.	Wirkungen der Restschuldbefreiung	1013
1.	Entstehung unvollkommener Verbindlichkeiten	1016
2.	Ausgenommene Forderungen	1017
3.	Feststellung einer ausgenommenen Forderung i.S.d. § 302 Nr. 1 InsO	1025
J.	Nachträglicher Widerruf der Restschuldbefreiung	1028
I.	Erforderlichkeit einer vorsätzlichen Obliegenheitspflichtverletzung	1029
II.	Nachträgliche Versagung nur bei einer erheblichen Beeinträchtigung der Befriedigung der Gläubiger	1029
III.	Neuregelung in den ab 1. Juli 2014 beantragten Verfahren	1029
IV.	Entscheidung des Insolvenzgerichts	1030
<b>Kapitel 19 Stundung der Verfahrenskosten bei Restschuldbefreiung</b>		<b>1031</b>
A.	Entstehung der Stundungsvorschriften	1033
I.	Kostendeckung als Schicksalsfrage der Restschuldbefreiung	1033
II.	Einführung der Verfahrenskostenstundung durch das InsOÄndG 2001	1034
III.	Neuregelungen der Stundungsvorschriften ab 01.07.2014	1034
IV.	Neuregelungen des Restschuldbefreiungsverfahrens ab 01.10.2020	1035
V.	Partieller Ausschluss der PKH-Vorschriften durch die Stundungsregelungen	1035
B.	Anwendungsbereich und erfasster Personenkreis	1036
I.	Ausschluss der Anwendung in Altverfahren	1037
II.	Beschränkung auf natürliche Personen	1037
C.	Voraussetzungen der Verfahrenskostenstundung	1037
I.	Restschuldbefreiungsantrag als unabdingbare Voraussetzung	1037
II.	Fehlende Leistungsfähigkeit des Schuldners	1038
1.	Vorrangigkeit von Vorschussleistungen	1038
2.	Grundsätze für die Prüfung der Leistungsfähigkeit des Schuldners	1039
3.	Verweisung auf Finanzierung der Verfahrenskosten durch Ehegatten	1040
III.	Unzulässigkeit von Ratenzahlungsanordnungen	1041
IV.	Formfreiheit und Mindestinhalt von Stundungsanträgen	1041
V.	Erreichbarkeit des Ziels der Restschuldbefreiung	1042
1.	Stundungsversagung bei einer Vielzahl ausgenommener Forderungen	1042
2.	Keine Stundung bei offensichtlichen Versagungsgründen	1043
3.	Einzelfälle fragwürdiger Versagungen	1046
D.	Entscheidung über die Restschuldbefreiung	1046
I.	Einstweiliger Eintritt der Stundungswirkungen	1047
II.	Ausschluss der Stundung im Planverfahren	1048
III.	Vorzeitige Erteilung der Restschuldbefreiung nur bei Kostendeckung	1048
E.	Wirkungen der Verfahrenskostenstundung	1049
I.	Subsidiarität der Verfahrenskostenstundung	1049

# Inhaltsverzeichnis

---

II.	Entstehung von Vergütungsansprüchen gegen die Staatskasse . . . . .	1049
1.	Anspruch des nach § 4a Abs. 2 InsO beigeordneten Rechtsanwalts. . . . .	1050
2.	Pflicht des Treuhänders zur Berücksichtigung der gestundeten Kosten bei der Verteilung. . .	1051
3.	Umfang der von der Stundung erfassten Verfahrenskosten. . . . .	1051
III.	Rechtsanwaltsbeordnung i.R.d. Verfahrenskostenstundung . . . . .	1057
F.	Aufhebung der Verfahrenskostenstundung . . . . .	1058
I.	Zu den einzelnen Aufhebungsgründen. . . . .	1060
1.	Falsche Angaben des Schuldners und Nichtabgabe einer geforderten Erklärung – § 4c Nr. 1 InsO. . . . .	1060
2.	Unrichtigkeit der Stundungsentscheidung – § 4c Nr. 2 InsO. . . . .	1061
3.	Schuldhafter Zahlungsrückstand – § 4c Nr. 3 InsO . . . . .	1061
4.	Verletzung der Erwerbsobliegenheit – § 4c Nr. 4 InsO . . . . .	1061
5.	Versagung oder Widerruf der Restschuldbefreiung – § 4c Nr. 5 InsO . . . . .	1062
II.	Rückzahlung der gestundeten Beträge . . . . .	1063
III.	Rechtsmittel im Stundungsverfahren . . . . .	1065

## **Kapitel 20 Nachlassinsolvenzverfahren. . . . .** 1068

A.	Allgemeines . . . . .	1068
I.	Grundlagen . . . . .	1068
II.	Die beschränkte Erbenhaftung . . . . .	1069
III.	Gegenstand des Nachlassinsolvenzverfahrens. . . . .	1069
IV.	Die Rückbeziehung der Vermögensabwicklung . . . . .	1069
B.	Die Beteiligten . . . . .	1070
I.	Grundlagen . . . . .	1070
II.	Exkurs: Die Insolvenz des Erben . . . . .	1070
C.	Der Insolvenzantrag . . . . .	1071
I.	Das Antragsrecht . . . . .	1071
II.	Die Antragspflicht. . . . .	1072
D.	Zuständigkeit. . . . .	1072
E.	Eröffnungsgründe. . . . .	1072
F.	Übergang vom Regel- in das Nachlassinsolvenzverfahren . . . . .	1073
G.	Die Insolvenzmasse . . . . .	1074
I.	Allgemeines . . . . .	1074
II.	Keine dingliche Surrogation . . . . .	1074
III.	Ersatzansprüche . . . . .	1075
IV.	Zwangsvollstreckung nach dem Erbfall. . . . .	1075
V.	Insolvenzanfechtung . . . . .	1075
H.	Verbindlichkeiten im Nachlassinsolvenzverfahren . . . . .	1076
I.	Masseverbindlichkeiten . . . . .	1076
1.	Erstattungsansprüche des Erben, § 324 Abs. 1 Nr. 1 InsO . . . . .	1076
2.	Mit dem Erbfall verbundene Kosten, § 324 Abs. 1 Nr. 2–4 InsO. . . . .	1077
3.	Nachlasspfleger, Nachlassverwalter, Testamentsvollstrecker, § 324 Abs. 1 Nr. 5–6 InsO . . .	1077
4.	Masseunzulänglichkeit, § 324 Abs. 2 InsO . . . . .	1077
II.	Nachlassverbindlichkeiten . . . . .	1078
III.	Ansprüche des Erben. . . . .	1079

## **Kapitel 21 Recht der internationalen Insolvenzen . . . . .** 1080

A.	Einführung . . . . .	1083
I.	Regelungsgegenstand. . . . .	1083
II.	Gesetzliche Grundlagen. . . . .	1083
1.	Europäisches Recht . . . . .	1084
2.	Staatsverträge . . . . .	1093

3.	Autonomes deutsches Internationales Insolvenzrecht . . . . .	1094
III.	Grundregeln und Prinzipien im Internationalen Insolvenzrecht . . . . .	1094
1.	Entwicklung der Rechtsprechung . . . . .	1094
2.	Kollisionsrechtliche Gesichtspunkte . . . . .	1095
3.	Grundnorm des Internationalen Insolvenzrechts . . . . .	1096
4.	Aushöhlung der Grundnorm im geltenden Recht . . . . .	1096
IV.	Stand des Internationalen Insolvenzrechts . . . . .	1099
B.	Inländische Insolvenzverfahren mit Auslandsbezug . . . . .	1100
I.	Gerichtsbарkeit . . . . .	1100
II.	Internationale Zuständigkeit deutscher Insolvenzgerichte . . . . .	1100
1.	Bedeutung der Regeln über die internationale Zuständigkeit im Internationalen Insolvenzrecht . . . . .	1101
2.	Deutsche Haupt- und Partikularverfahren . . . . .	1101
3.	Internationale Zuständigkeit zur Eröffnung eines Hauptverfahrens . . . . .	1101
4.	Internationale Zuständigkeit zur Eröffnung eines Partikularverfahrens . . . . .	1105
5.	Änderungen der zuständigkeitsbegründenden Merkmale . . . . .	1109
6.	Verfahrensfragen . . . . .	1109
III.	Auslandsvermögen im deutschen Hauptverfahren . . . . .	1110
1.	Auslandsvermögen gehört zur Sollmasse . . . . .	1110
2.	Aufgabenstellung des Insolvenzverwalters . . . . .	1111
3.	Zugriff auf Auslandsvermögen bei Anerkennung im Belegenheitsstaat . . . . .	1112
4.	Zugriff auf Auslandsvermögen bei Nichtanerkennung im Belegenheitsstaat . . . . .	1116
5.	Einzelrechtsverfolgung durch den Gläubiger im Ausland . . . . .	1119
6.	Teilnahme an Partikularverfahren im Ausland . . . . .	1122
IV.	Maßnahmen zur Sicherung der Insolvenzmasse . . . . .	1123
1.	EuInsVO . . . . .	1123
2.	InsO . . . . .	1124
V.	Besonderheiten des Partikularverfahrens . . . . .	1125
1.	EuInsVO . . . . .	1125
2.	InsO . . . . .	1131
VI.	Weitere Auslandsbezüge im Inlandsverfahren . . . . .	1134
1.	EuInsVO . . . . .	1134
2.	InsO . . . . .	1137
C.	Ausländische Insolvenzverfahren mit Inlandsbezug . . . . .	1139
I.	Überblick . . . . .	1139
1.	Anerkennungsfähigkeit ausländischer Insolvenzverfahren . . . . .	1139
2.	Primärer Anerkennungsgegenstand: Eröffnungsbeschluss . . . . .	1140
3.	Weitere Entscheidungen . . . . .	1140
4.	Inzidentanerkennung . . . . .	1140
5.	Vollstreckbarkeit . . . . .	1140
6.	Teilanerkennung . . . . .	1140
II.	Voraussetzungen für die Anerkennung der Entscheidung über die Eröffnung des Verfahrens . . . . .	1141
1.	Qualifikation als Insolvenzverfahren . . . . .	1142
2.	Internationale Zuständigkeit . . . . .	1145
3.	Wirksamer Eröffnungsakt . . . . .	1148
4.	Ordre public . . . . .	1148
5.	Keine Gegenseitigkeit . . . . .	1152
6.	Inländische Publikation keine Anerkennungsvoraussetzung . . . . .	1152
III.	Geltungsanspruch der lex fori concursus . . . . .	1152
1.	Auslandswirkung des Insolvenzrechts . . . . .	1152
2.	Auslandswirkung der infrage stehenden Rechtsfolge . . . . .	1152
3.	Auslegungsgrundsätze des Insolvenzstatuts . . . . .	1153

IV.	Anerkennung von im Zusammenhang mit einem Insolvenzverfahren ergangenen Entscheidungen . . . . .	1153
1.	Entscheidungen zur Durchführung und Beendigung eines Insolvenzverfahrens . . . . .	1153
2.	Entscheidungen in engem Zusammenhang mit einem Insolvenzverfahren (sog. Annexverfahren) . . . . .	1154
3.	Sicherungsmaßnahmen . . . . .	1155
4.	Vollstreckbarkeit . . . . .	1156
V.	Folgen der Anerkennung . . . . .	1157
1.	Wirkungserstreckung . . . . .	1157
2.	Grenzen der Wirkungserstreckung . . . . .	1158
VI.	Publizität des ausländischen Insolvenzverfahrens . . . . .	1158
1.	EuInsVO . . . . .	1158
2.	InsO . . . . .	1159
VII.	Unterbrechung und Aufnahme eines inländischen Rechtsstreits . . . . .	1159
1.	Bisheriges Recht . . . . .	1159
2.	Geltendes Recht . . . . .	1160
3.	Keine Anerkennung ausländischer vis attractiva concursus . . . . .	1163
D.	Reichweite des Insolvenzstatuts . . . . .	1164
I.	Grundsätzliches . . . . .	1164
1.	Grundregel . . . . .	1164
2.	Erhebliche Einschränkungen der Grundregel . . . . .	1164
3.	Einschränkende Auslegung der Sonderanknüpfungen . . . . .	1166
4.	Ermittlung ausländischen Rechts . . . . .	1167
5.	Qualifikation . . . . .	1167
6.	Sachnorm- oder Kollisionsnormverweisung . . . . .	1168
II.	Insolvenzverfahrensstatut/Lex-Fori Prinzip . . . . .	1169
1.	Eröffnungsvoraussetzungen . . . . .	1169
2.	Gläubiger . . . . .	1171
3.	Verfahrensabschluss . . . . .	1171
4.	Vis attractiva concursus . . . . .	1171
III.	Insolvenzverwaltungsstatut . . . . .	1171
1.	Befugnisse des Verwalters . . . . .	1171
2.	Guter Glaube an Verfügungsmacht des Schuldners . . . . .	1174
IV.	Insolvenzvermögensstatut . . . . .	1176
1.	Umfang der Insolvenzmasse . . . . .	1176
2.	Pfändungsfreigrenzen . . . . .	1177
3.	Masseschutz . . . . .	1177
4.	Dingliche Sicherungsrechte . . . . .	1177
V.	Laufende/schwebende Rechtsgeschäfte . . . . .	1184
1.	Grundsatz . . . . .	1184
2.	Einschränkungen des Grundsatzes . . . . .	1185
3.	Schadensersatzansprüche wegen Nichterfüllung . . . . .	1189
4.	Rang der Gläubigerforderung . . . . .	1190
VI.	Aufrechnung . . . . .	1190
VII.	Anfechtung . . . . .	1191
1.	Grundsatz . . . . .	1191
2.	Einzelheiten . . . . .	1192
3.	Organisierte Märkte, Pensionsgeschäfte . . . . .	1195
VIII.	Insolvenzverteilungsrecht . . . . .	1195
1.	Aus-, Absonderungs- und andere Vorrechte . . . . .	1196
2.	Forderungsanmeldung . . . . .	1196
3.	Masseforderungen; Rangfolge Forderungen . . . . .	1197
IX.	Rechtsfolgen der Verfahrensbeendigung . . . . .	1198

1. Grundsatz . . . . .	1198
2. Abschluss eines inländischen Insolvenzverfahrens . . . . .	1198
3. Abschluss eines ausländischen Insolvenzverfahrens . . . . .	1198
4. Abschluss des Partikularverfahrens . . . . .	1199
5. Auswirkungen auf dingliche Rechte . . . . .	1199
<b>Teil 2 Praxis der Insolvenzverwaltung . . . . .</b>	<b>1201</b>
<b>Kapitel 22 Das Gericht, der Verwalter und die Organe der Gläubiger . . . . .</b>	<b>1201</b>
A. Die Organisationsverfassung im Wandel der Zeit . . . . .	1203
I. Die Idee der Gläubigerselbstverwaltung (Gläubigerautonomie) . . . . .	1203
II. Die Rolle des Gerichts und die Unabhängigkeit des Verwalters in der Insolvenzordnung 1999 . . . . .	1205
III. Kritik an der alten Gewaltenteilung . . . . .	1206
IV. Neue Gewaltenteilung mit dem ESUG 2012 . . . . .	1207
V. Bewertung und Ausblick . . . . .	1208
B. Das Gericht als Akteur, Koordinator und Aufsichtsinstanz . . . . .	1210
I. Die Funktion des Gerichts innerhalb der Organisationsverfassung . . . . .	1210
II. Aufgaben . . . . .	1211
III. Zuständigkeit . . . . .	1212
IV. Das Gericht und der Verwalter . . . . .	1213
1. Die Bestellung des Verwalters als justiziable Auswahlaufgabe . . . . .	1213
2. Kriterien für eine Vorauswahl der Verwalterkandidaten . . . . .	1215
3. Die konkrete Auswahlentscheidung . . . . .	1217
4. Das Delisting von Verwaltern . . . . .	1218
5. Die Aufsicht über den Verwalter (§ 58 InsO) . . . . .	1219
6. Zwangsmittel (§ 58 Abs. 2 InsO) . . . . .	1225
7. Entlassung (§ 59 InsO) . . . . .	1225
III. Das Gericht und die Eigenverwaltung . . . . .	1226
1. Die Anordnung . . . . .	1226
2. Die Eigenverwaltung im Eröffnungsverfahren . . . . .	1227
3. Die Begründung von Masseverbindlichkeiten . . . . .	1229
4. Die Aufhebung der Eigenverwaltung . . . . .	1230
IV. Das Gericht und die Gläubigerversammlung . . . . .	1231
1. Ladung und Leitung der Sitzung . . . . .	1231
2. Aufsichts- und Ersetzungscompetenz . . . . .	1231
3. Verwerfungskompetenz auf Initiative der Gläubiger (§ 78 InsO) . . . . .	1232
4. Nichtigkeit von Beschlüssen . . . . .	1233
5. Die Anfechtung der Verwalterabwahl . . . . .	1233
6. Anfechtbarkeit der Wahl von Gläubigerausschussmitgliedern . . . . .	1233
V. Das Gericht und der Gläubigerausschuss . . . . .	1234
C. Der Insolvenzverwalter als Manager für die Gläubiger . . . . .	1235
I. Schlechte Marktbedingungen für Insolvenzverwalter . . . . .	1235
II. Die Aufgaben des Insolvenzverwalters . . . . .	1237
1. Verfahrensbezogene Pflichten und Aufgaben . . . . .	1237
2. Weitere Pflichten und Anforderungen . . . . .	1238
3. Delegationskompetenz . . . . .	1238
III. Die Auswahl und Eignung (§ 56, 56 a InsO) . . . . .	1240
1. Unabhängigkeit . . . . .	1241
2. Persönliche Qualifikation . . . . .	1243
IV. Errichtung einer Hinterlegungsstelle (§ 149 InsO) . . . . .	1244
V. Rechnungslegung und Berichtswesen . . . . .	1245
1. Insolvenzspezifische Anforderungen an das Rechnungswesen . . . . .	1246

2.	Gestaltung des Rechnungswesens . . . . .	1246
3.	Der Bericht zum Berichtstermin . . . . .	1248
4.	Zwischenberichte . . . . .	1252
5.	Der Schlussbericht . . . . .	1252
6.	Weitere Informationspflichten des Verwalters . . . . .	1255
VI.	Verhältnis der Gläubiger zum Insolvenzverwalter . . . . .	1256
1.	Wahl durch die Versammlung . . . . .	1256
2.	Zustimmung zu besonders bedeutsamen Rechtshandlungen . . . . .	1258
D.	Die Gläubigerversammlung als Hauptversammlung . . . . .	1259
I.	Aufgabe und Funktion . . . . .	1259
II.	Gegenstände der Beschlussfassung der Gläubigerversammlung . . . . .	1262
1.	Berichtstermin . . . . .	1262
2.	Prüfungstermin . . . . .	1262
3.	Schlussstermin . . . . .	1263
4.	Erörterungs- und Abstimmungstermin . . . . .	1265
5.	Weitere fakultative Gläubigerversammlungen . . . . .	1265
III.	Delegation an das Gericht . . . . .	1267
IV.	Die Mitglieder der Gläubigerversammlung . . . . .	1267
1.	Die Insolvenzgläubiger . . . . .	1267
2.	Teilnahme der nachrangigen Insolvenzgläubiger . . . . .	1268
3.	Ausschluss der Aussonderungsberechtigten und der Massegläubiger . . . . .	1269
4.	Gläubiger bestrittener Forderungen . . . . .	1269
V.	Teilnahmerecht der Gläubigerausschussmitglieder . . . . .	1269
VI.	Teilnahmerechte des Sachwalters und des Insolvenzverwalters . . . . .	1269
VII.	Weitere Teilnehmer und Presseöffentlichkeit . . . . .	1271
VIII.	Die Geschäftsordnung . . . . .	1271
1.	Einberufung durch das Gericht . . . . .	1271
2.	Beschlussfähigkeit und Mehrheitsanfordernisse . . . . .	1272
3.	Bindungswirkung der Beschlüsse und Änderungsbefugnis . . . . .	1273
IX.	Die Stimmrechte . . . . .	1273
1.	Bedingungslos festgestellte Insolvenzforderungen . . . . .	1274
2.	Bedingte Insolvenzforderungen . . . . .	1274
3.	Stimmrechte aus Absonderungsrechten . . . . .	1274
4.	Stimmrecht ungeprüfter Forderungen . . . . .	1275
5.	Stimmrechtsfestsetzung bei bestrittenen Forderungen . . . . .	1275
6.	Stimmrechtsausschluss wegen Befangenheit . . . . .	1276
7.	Anfechtbarkeit von Stimmrechtsentscheidungen . . . . .	1277
X.	Die Gläubigerversammlung und der Schuldner . . . . .	1278
1.	Eigenverwaltung . . . . .	1278
2.	Teilnahmezwang und Auskunftspflicht . . . . .	1279
3.	Anordnung der Überwachung im Restschuldbefreiungsverfahren . . . . .	1279
4.	Bewilligung von Unterhalt (§§ 100, 101 Abs. 1 Satz 3 InsO) . . . . .	1279
E.	Der Gläubigerausschuss als Organ zur Willensbildung und Kontrolle . . . . .	1280
I.	Funktion . . . . .	1280
II.	Die Rechte und Aufgaben . . . . .	1281
1.	Die Unterstützung und Kontrolle des Verwalters (§ 69 InsO) . . . . .	1281
2.	Antragsrechte . . . . .	1283
3.	Zustimmungsvorbehalte . . . . .	1283
4.	Zustimmungsvorbehalte bei Eigenverwaltung . . . . .	1285
5.	Zustimmungsvorbehalte im Insolvenzplanverfahren . . . . .	1285
6.	Bestimmungsrechte . . . . .	1286
7.	Stellungnahme- und Anhörungsrechte . . . . .	1286
8.	Anzuzeigende Umstände . . . . .	1287

III.	Verhältnis zur Gläubigerversammlung . . . . .	1288
1.	Streitige Ersetzungskompetenz . . . . .	1288
2.	Die Ersetzungskompetenz auf Initiative des Verwalters als Lösung . . . . .	1288
IV.	Gründe und Umstände zur Einsetzung durch das Gericht. . . . .	1290
1.	Pflichtausschuss . . . . .	1290
2.	Fakultativer Ausschuss . . . . .	1290
3.	Einsetzung des Gläubigerausschusses durch die Gläubigerversammlung (§ 68 InsO). . . . .	1291
VI.	Die Mitglieder des Gläubigerausschusses . . . . .	1292
1.	Repräsentation aller relevanten Gläubigergruppen . . . . .	1292
2.	Bestimmung der Zahl der Ausschussmitglieder . . . . .	1292
3.	Annahme der Wahl und Zulässigkeit der Bestellung von Ersatzmitgliedern . . . . .	1293
4.	Bestimmung der wählbaren Personen. . . . .	1293
5.	Abwahl und Ersetzung der Ausschussmitglieder (§ 68 Abs. 2 InsO) . . . . .	1295
6.	Die Rechtstellung der Mitglieder des Gläubigerausschusses . . . . .	1295
7.	Entlassung von Ausschussmitgliedern. . . . .	1297
VII.	Persönliche Haftung der Mitglieder des Gläubigerausschusses . . . . .	1298
1.	Sachbefugnis des Verwalters zur Geltendmachung der Haftung . . . . .	1298
2.	Haftungsgrundsätze. . . . .	1299
3.	Objektiv in Betracht kommende Pflichtverletzungen . . . . .	1301
4.	Kausalität von Pflichtverletzungen. . . . .	1301
5.	Subjektive Haftungsvoraussetzungen . . . . .	1301
6.	Gesamtschuldnerische Haftung der Ausschussmitglieder und Verjährung . . . . .	1302
7.	Versicherung der Haftungsrisiken . . . . .	1303
VIII.	Vergütung der Tätigkeit der Ausschussmitglieder . . . . .	1303
1.	Vergütung nach Zeitaufwand als Regelmodell . . . . .	1303
2.	Vergütung und Masseinsuffizienz . . . . .	1305
3.	Erzwungene Unentgeltlichkeit bei institutionellen Gläubigern. . . . .	1305
4.	Zulässigkeit von Vorschüssen . . . . .	1305
5.	Anspruch gegen die Justizkasse bei Stundung der Verfahrenskosten . . . . .	1306
IX.	Organisation und Verfahren des Gläubigerausschusses . . . . .	1306
1.	Zustandekommen von Beschlussfassungen im Gläubigerausschuss . . . . .	1307
2.	Dokumentation der Ausschusssitzungen. . . . .	1308
3.	Nichtigkeit von Beschlüssen bei der Verletzung von Formvorschriften . . . . .	1308
4.	Muster einer Geschäftsordnung. . . . .	1308
<b>Kapitel 23</b>	<b>Die Betriebsfortführung . . . . .</b>	<b>1312</b>
A.	Einleitung . . . . .	1313
I.	Die Fortführung als Basis der Sanierung und Reorganisation. . . . .	1313
II.	Die finanzwirtschaftliche Sanierung mittels erzwungenem Kapitalschnitt . . . . .	1314
III.	Die Fortführung in Konkursverfahren . . . . .	1316
IV.	Die Fortführungsoption als gleichwertige Alternative in der InsO . . . . .	1317
B.	Die Ausgangssituation . . . . .	1317
I.	Fehlende betriebliche Ressourcen . . . . .	1317
II.	Zusammenbruch des Finanzierungszyklusses und die negative Eigendynamik . . . . .	1318
III.	Anforderungen an den Verwalter und die Erwartungshaltung . . . . .	1318
IV.	Die Fortführung in der Eigenverwaltung . . . . .	1319
C.	Die bessere Gläubigerbefriedigung ist Ziel der Fortführung. . . . .	1320
I.	Das maßgebliche Interesse der Gläubiger . . . . .	1320
II.	Wirtschaftliche Zweckmäßigkeit einer Fortführung . . . . .	1321
1.	Werbende Fortführung eines Betriebes mit gesunder leistungswirtschaftlicher Basis . . . . .	1321
2.	Fortführung eines unrentablen sanierungsfähigen Unternehmens. . . . .	1322
3.	Fortführung eines unrentablen und nicht im Verfahren sanierbaren Unternehmens . . . . .	1322

# Inhaltsverzeichnis

---

4.	Fortführung und Sanierung wegen Gesellschafterinteresse . . . . .	1323
5.	Fortführung aus nicht dividendenorientiertem Gläubigerinteresse . . . . .	1323
6.	Fortführung bei persönlicher Arbeitsleistung des Schuldners . . . . .	1324
D.	Die Fortführungsentscheidung als Investitionsrechnung . . . . .	1324
I.	Das Masseverzeichnis (§ 151 InsO): Fortführungs- contra Zerschlagungswerte . . . . .	1324
1.	Feststellung der Zerschlagungswerte . . . . .	1324
2.	Feststellung der Fortführungswerte . . . . .	1325
II.	Der zu berücksichtigende Aufwand . . . . .	1328
III.	Der Bericht des Verwalters/Eigenverwalters (§ 156 InsO) . . . . .	1329
1.	Matrix der Abwicklungsszenarien . . . . .	1330
2.	Formulierungsbeispiel . . . . .	1331
IV.	Vor- und Nachteile der Szenarien als Bestandteil des Berichts . . . . .	1332
1.	Stilllegung . . . . .	1332
2.	Auslaufproduktion . . . . .	1333
3.	Beendigungsschrumpfung . . . . .	1333
4.	Sanierende Übertragung . . . . .	1334
5.	Dauerhafte werbende Fortführung . . . . .	1334
6.	Kombination der Alternativen . . . . .	1334
V.	Unsichere Prognosemöglichkeiten . . . . .	1335
E.	Krisenanalyse . . . . .	1335
I.	Entwicklungsstadien der Krise . . . . .	1336
II.	Krisenarten . . . . .	1337
1.	Erfolgskrise . . . . .	1337
2.	Liquiditätskrise . . . . .	1337
3.	Strategische Krise . . . . .	1338
III.	Beherrschbarkeit von Unternehmenskrisen in der Insolvenz . . . . .	1338
1.	Liquiditätskrise . . . . .	1338
2.	Wege aus der Erfolgskrise . . . . .	1339
3.	Beseitigung der strategischen Krise . . . . .	1339
IV.	Erkennbarkeit von Krisen . . . . .	1340
V.	Ursachen der Krise . . . . .	1340
1.	Überbetriebliche Ursachen . . . . .	1341
2.	Zwischenbetriebliche Ursachen . . . . .	1341
3.	Innerbetriebliche Ursachen . . . . .	1341
F.	Der rechtliche Rahmen zur Fortführung . . . . .	1342
I.	Die Begründung von Masseverbindlichkeiten . . . . .	1342
1.	Vorläufiger Verwalter mit Verfügungsgewalt . . . . .	1344
2.	Vorläufiger Verwalter ohne Verfügungsbefugnis . . . . .	1344
3.	Schutzschirmverfahren . . . . .	1345
4.	Vorläufige Eigenverwaltung mit Sachwaltung . . . . .	1345
II.	Beendbarkeit von »ungünstigen« Verträgen . . . . .	1345
III.	Insolvenzfestigkeit von »günstigen« Verträgen . . . . .	1346
1.	Kündigungssperre . . . . .	1346
2.	Lösungsklauseln . . . . .	1346
IV.	Insolvenzgeldvorfinanzierung . . . . .	1347
V.	Personalanpassung . . . . .	1347
VI.	Nutzung von Absonderungsgut . . . . .	1349
VII.	Ausschluss der Haftung des Betriebserwerbers . . . . .	1350
VIII.	Steuerrechtliche Rahmenbedingungen . . . . .	1351
IX.	Öffentlich-rechtliche Rahmenbedingungen . . . . .	1351
G.	Entscheidungs- und Maßnahmeschritte . . . . .	1352
I.	Die Fortführungsentscheidung . . . . .	1352
II.	Kombinierter Analyse- und Maßnahmeprozess . . . . .	1353

III.	Due Diligence in Zeitraffer . . . . .	1353
	1. Notwendige Informationen . . . . .	1353
	2. Informationsquellen . . . . .	1355
IV.	Sofort-Maßnahmen. . . . .	1356
	1. Information und Einbeziehung der Arbeitnehmer . . . . .	1356
	2. Abstimmung mit der Bank . . . . .	1357
	3. Kunden . . . . .	1359
	4. Lieferanten und Versorger . . . . .	1360
	5. Verhandlungspotenziale bei weiteren Verträgen . . . . .	1361
	6. Management . . . . .	1361
	7. Gläubigerausschuss . . . . .	1362
	8. Verhandlungen und Recherche Käuferinteressenten . . . . .	1362
	9. Versicherungsschutz . . . . .	1362
V.	Mittelfristige Maßnahmen . . . . .	1362
<b>Kapitel 24 Insolvenzmasse und ihre Verwertung – Massebildung . . . . .</b>		<b>1365</b>
A.	Die Masse . . . . .	1366
I.	Insolvenzmasse . . . . .	1366
	1. Massebegriffe . . . . .	1366
	2. Umfang der Insolvenzmasse/insolvenzfrees Vermögen . . . . .	1367
	3. Sondermasse . . . . .	1367
	4. Im Ausland belegene Massegegenstände . . . . .	1369
II.	(Sofort) Maßnahmen des Insolvenzverwalters . . . . .	1370
	1. Erfassung und Inbesitznahme des Vermögens . . . . .	1370
	2. Sicherung des Vermögens . . . . .	1372
	3. Bösgläubigmachung . . . . .	1373
	4. Anzeige der Masseunzulänglichkeit . . . . .	1373
	5. Bereinigung der Masse . . . . .	1373
B.	Die Verwertung . . . . .	1376
I.	Art und Weise der Verwertung . . . . .	1376
	1. Allgemeines . . . . .	1376
	2. Pflichten des Verwalters bei der Durchführung der Verwertung . . . . .	1377
	3. Exkurs: Vergleichsbefugnis des Verwalters . . . . .	1378
	4. Beauftragung Dritter . . . . .	1378
II.	Zeitpunkt der Verwertung . . . . .	1379
	1. Vor Insolvenzeröffnung . . . . .	1379
	2. Nach Insolvenzeröffnung . . . . .	1380
	3. Nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit . . . . .	1380
	4. Nach Beendigung des Insolvenzverfahrens . . . . .	1381
III.	Grenzen der Verwertung/Abschren von Verwertung . . . . .	1381
C.	Exkurs: Sanierung . . . . .	1382
I.	Beseitigung der Insolvenzgründe . . . . .	1382
II.	Sanierung zur Mantelverwertung . . . . .	1382
D.	Verwertung durch Freigabe . . . . .	1383
I.	Bedeutung der Freigabe . . . . .	1383
II.	Diskussion über die Zulässigkeit der Freigabe . . . . .	1384
III.	Freigabekonstellationen . . . . .	1384
IV.	Altlastenproblematik . . . . .	1385
V.	Steuerliche Auswirkungen . . . . .	1385
E.	Gesamtverwertung . . . . .	1385
I.	Der Unternehmenskaufvertrag . . . . .	1386
	1. Grundzüge . . . . .	1386

# Inhaltsverzeichnis

---

2. Information/Verschwiegenheit/Vorvertrag . . . . .	1386
3. Vertragsgestaltung . . . . .	1387
4. § 613a BGB . . . . .	1388
II. Die Auffanggesellschaft . . . . .	1388
F. Verwertung immaterieller Gegenstände . . . . .	1389
I. Grundlagen . . . . .	1389
II. Einzelfälle . . . . .	1389
G. Verwertung von Beteiligungen . . . . .	1390
I. Einziehung des Abfindungsanspruchs . . . . .	1390
II. Abwicklung der aufgelösten Gesellschaft. . . . .	1391
III. Verwertung eines unübertragbaren Gesellschaftsanteils . . . . .	1391
IV. Verwertung eines übertragbaren Gesellschaftsanteils . . . . .	1391
H. Verwertung unbeweglicher Gegenstände. . . . .	1392
I. Besitzergreifung und Freigabe . . . . .	1392
II. Finanzierung der Betriebsfortführung durch den Grundpfandgläubiger . . . . .	1393
III. Steuerliche Konsequenzen . . . . .	1393
I. Verwertung beweglicher Gegenstände . . . . .	1393
I. Grundlagen . . . . .	1393
II. Verwertung von Absonderungsgut . . . . .	1394
J. Forderungseinzug . . . . .	1394
I. Grundlagen . . . . .	1394
II. Zur Sicherung abgetretener Forderungen . . . . .	1395
III. Praktische Umsetzung . . . . .	1395
IV. Verkauf von Forderungen. . . . .	1396
K. Verwertung von Aufträgen . . . . .	1396
L. Sonstige Ansprüche der Masse . . . . .	1396
I. Kapitalaufbringung . . . . .	1396
1. Erbringung der Stammeinlage. . . . .	1397
2. Verjährung. . . . .	1398
3. Gerichtliche Durchsetzung. . . . .	1398
4. Sicherung der Kapitalaufbringung. . . . .	1399
II. Kapitalerhaltung. . . . .	1400
III. Durchgriffshaftung gegen die Gesellschafter . . . . .	1400
1. Existenzvernichtender Eingriff . . . . .	1400
2. Vermögensvermischung . . . . .	1401
3. Unterkapitalisierung . . . . .	1402
4. Missbrauch . . . . .	1402
IV. Geschäftsführerhaftung . . . . .	1402
1. Insolvenzverschleppung . . . . .	1402
2. Haftung wegen Pflichtverletzung. . . . .	1405
<b>Kapitel 25 Immobilienvermögen des Schuldners . . . . .</b>	<b>1407</b>
A. Verwaltung des Grundbesitzes. . . . .	1407
I. Allgemeine Pflichten des Insolvenzverwalters . . . . .	1407
II. Miet- und Pachtverhältnisse . . . . .	1408
1. Fortbestand . . . . .	1408
2. Sicherungsrechte an der Miet- und Pachtzinsforderung. . . . .	1408
3. Kautions . . . . .	1409
4. Wohnungseigentum . . . . .	1409
B. Verwertung des Grundbesitzes . . . . .	1410
I. Allgemeines . . . . .	1410
II. Freihändige Verwertung. . . . .	1410

1.	Übererlös . . . . .	1410
2.	Erlösanteil bei überbelastetem Grundbesitz . . . . .	1411
3.	Lästigkeitsprämie . . . . .	1411
III.	Zwangsversteigerung . . . . .	1412
1.	Antragsbefugnis . . . . .	1412
2.	Verfahren . . . . .	1413
3.	Versteigerungstermin . . . . .	1414
4.	Verteilungsverfahren . . . . .	1415
IV.	Zwangsverwaltung . . . . .	1415
1.	Allgemeines . . . . .	1415
2.	Abgrenzung Zwangsverwaltung- und Insolvenzverfahren . . . . .	1416
V.	Einstweilige Einstellung . . . . .	1417
1.	Betreibender Gläubiger . . . . .	1417
2.	Vollstreckungsschuldner . . . . .	1418
3.	Insolvenzverwalter . . . . .	1418
4.	Insolvenz und Zwangsverwaltung . . . . .	1418
VI.	Verwertung von Zubehör . . . . .	1419
1.	Vor Beschlagnahme . . . . .	1419
2.	Nach Beschlagnahme . . . . .	1419
3.	Dritteigentum . . . . .	1419
VII.	Freigabe . . . . .	1419
C.	Sonderprobleme . . . . .	1420
I.	Altlasten . . . . .	1420
1.	Ersatzvornahme . . . . .	1420
2.	Freigabe . . . . .	1420
3.	Wertausgleich . . . . .	1421
II.	Steuerliche Fragen . . . . .	1421
1.	Grunderwerbsteuer . . . . .	1421
2.	Umsatzsteuer . . . . .	1422
3.	Zubehör . . . . .	1422
4.	Freigabe . . . . .	1422
III.	Nutzungsüberlassung durch Gesellschafter . . . . .	1423
<b>Kapitel 26 Urheber-, Patent-, Marken- und sonstige Schutzrechte in der Insolvenz . . . . .</b>		<b>1424</b>
A.	Allgemeines . . . . .	1424
B.	Verwertung von Immaterialgüterrechten des Schuldners . . . . .	1425
I.	Urheberrecht . . . . .	1425
1.	Wesen des Urheberrechts . . . . .	1425
2.	Verwertung . . . . .	1425
3.	Original-Werke . . . . .	1426
4.	Vorrichtungen . . . . .	1426
5.	Vervielfältigungsstücke . . . . .	1426
II.	Erfindungen, Patente . . . . .	1427
1.	Erfindungen . . . . .	1427
2.	Patente . . . . .	1428
III.	Lizenzen . . . . .	1428
1.	Einfache und ausschließliche Lizenzen . . . . .	1428
2.	Lizenzverträge . . . . .	1429
IV.	Gebrauchsmuster . . . . .	1429
1.	Schutz des Gebrauchsmusters . . . . .	1429
2.	Übertragbarkeit . . . . .	1430
V.	Design . . . . .	1430

# Inhaltsverzeichnis

---

1. Gegenstand . . . . .	1430
2. Übertragbarkeit . . . . .	1430
VI. Marken . . . . .	1431
1. Markenschutz . . . . .	1431
2. Übertragbarkeit . . . . .	1431
3. Markengebühr . . . . .	1432
VII. Internet-Domains . . . . .	1432
VIII. Know-how . . . . .	1433
<b>Kapitel 27 Gesellschaftsrecht und Insolvenz . . . . .</b>	<b>1434</b>
A. Das Verhältnis zwischen Insolvenzrecht und Gesellschaftsrecht . . . . .	1439
B. Insolvenzrechtliche Besonderheiten bei Gesellschaftsinsolvenzen . . . . .	1440
I. Juristische Personen . . . . .	1440
1. Insolvenzfähigkeit . . . . .	1441
2. Antragsrecht/Antragspflicht . . . . .	1442
3. Insolvenzmasse der juristischen Person . . . . .	1444
4. Erweiterung der Verwalterpflichten: Grundsatz der Vollbeendigung? . . . . .	1445
5. Kompetenzverteilung aus Sicht des Insolvenzverwalters . . . . .	1446
6. Insolvenzrechtliche Organpflichten . . . . .	1450
II. Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit . . . . .	1450
1. Insolvenzfähigkeit . . . . .	1450
2. Antragsrecht/Antragspflicht . . . . .	1451
3. Insolvenzmasse der Gesellschaft: Persönliche Haftung der Gesellschafter . . . . .	1451
4. Kompetenzverteilung aus Sicht des Insolvenzverwalters . . . . .	1454
5. Erweiterung der Verwalterpflichten: Grundsatz der Vollbeendigung? . . . . .	1454
C. Gesellschaftsrechtliche Fragen bei Insolvenz der Gesellschaft . . . . .	1454
I. Schicksal der Gesellschaft . . . . .	1454
1. Auflösung der Gesellschaft . . . . .	1454
2. Fortsetzung durch Beschluss . . . . .	1455
II. Kompetenzverteilung aus Sicht der Gesellschaft . . . . .	1455
1. Rechte/Pflichten der Organe . . . . .	1456
2. Rechte/Pflichten der Gesellschafter . . . . .	1457
3. Haftung für Masseverbindlichkeiten bei Personengesellschaften . . . . .	1458
4. Die Organe in der Insolvenzantragsphase . . . . .	1458
III. Exkurs: Abweisung des Eröffnungsantrages mangels Masse . . . . .	1458
D. Die Gesellschafterinsolvenz . . . . .	1459
I. Schicksal des Gesellschaftsanteils . . . . .	1460
1. Gesellschaftsvertragliche Regelungen . . . . .	1460
2. Gesetzliche Regelungen . . . . .	1460
3. Sonderfall: Insolvenz des Gesellschafters einer »Einmann-GmbH« . . . . .	1461
II. Der Ausschluss des Gesellschafters . . . . .	1461
1. Besonderheit: Der Ausschluss aus einer zweigliedrigen Gesellschaft . . . . .	1461
2. Der Abfindungsanspruch . . . . .	1464
III. Unverändertes Fortbestehen der Gesellschaft . . . . .	1466
1. Beteiligung an einer juristischen Person . . . . .	1467
2. Beteiligung an einer Personengesellschaft . . . . .	1469
IV. Auflösung der Gesellschaft . . . . .	1472
E. Die Insolvenz ausländischer Gesellschaften . . . . .	1472
F. Insolvenzrechtliche Aspekte des Umwandlungsrechts . . . . .	1472
G. Bemerkungen zu einzelnen Gesellschaftsformen . . . . .	1473
I. Die AG . . . . .	1474
1. Grundlagen . . . . .	1474

2.	Aktienrechtliche Besonderheiten . . . . .	1474
3.	Börsennotierte AG . . . . .	1476
II.	Die GmbH & Co. KG . . . . .	1477
III.	Die KG auf Aktien . . . . .	1477
IV.	Die Genossenschaft . . . . .	1478
1.	Grundlagen . . . . .	1478
2.	Nachschusspflicht . . . . .	1479
3.	Stellung der Genossen im Insolvenzverfahren . . . . .	1480
V.	Der Verein . . . . .	1480
VI.	Die Stiftung . . . . .	1481
VII.	Stille Gesellschaft . . . . .	1481
1.	Grundsätzliches . . . . .	1481
2.	Insolvenz des Unternehmensträgers . . . . .	1482
3.	Insolvenz des stillen Gesellschafters . . . . .	1484
<b>Kapitel 28 Die Bankgeschäfte des Schuldners . . . . .</b>		<b>1485</b>
A.	Zahlungsverkehr . . . . .	1488
I.	Einleitende Bemerkungen . . . . .	1488
II.	Die Kontoverbindung = der »grundlegende« Geschäftsbesorgungsvertrag zur Erbringung von Zahlungsdiensten (§ 675c Abs. 1 BGB) . . . . .	1491
1.	Zahlungsdiensterahmenvertrag/Online-Banking-Abrede . . . . .	1491
2.	Unterrichtungspflichten . . . . .	1491
3.	Allgemeiner Bankvertrag? . . . . .	1492
4.	Zahlungskonto/Kundenkennung . . . . .	1492
5.	Girovertrag/Girokonto . . . . .	1493
III.	Die übliche »Ergänzung«: die Kontokorrentabrede nach § 355 HGB . . . . .	1493
1.	Geschäftsverbindung . . . . .	1493
2.	In-Rechnung-Stellen der beiderseitigen Ansprüche . . . . .	1494
3.	Verrechnung . . . . .	1494
4.	Kausale Saldoforderung . . . . .	1494
5.	Saldoanerkennung . . . . .	1495
6.	Rechnungsabschluss versus Kontoauszug . . . . .	1495
IV.	ZDRV und gesetzliche »Know your Customer«-Vorgaben . . . . .	1495
1.	Steuerrechtliche Vorgaben . . . . .	1496
2.	Geldwäscherechtliche Vorgaben . . . . .	1496
V.	Kontoinhaberschaft und Verfügungsberechtigung . . . . .	1497
1.	Kontoinhaberschaft . . . . .	1498
2.	Verfügungsberechtigung/Vollmacht . . . . .	1499
3.	Exkurs: besondere Ausprägungen des ZDRV sowie Abgrenzung zu weiteren relevanten »Kontoformen« . . . . .	1501
VI.	Bankgeheimnis/Bankauskunft (sowie »Auskünfte« in der Insolvenz) . . . . .	1503
1.	Bankgeheimnis . . . . .	1503
2.	Bankauskunft . . . . .	1504
3.	(Bank-)Auskunft im Insolvenzverfahren . . . . .	1504
VII.	Die Ausgestaltung des Zahlungsverkehrs nach ZDRV-Abschluß . . . . .	1504
1.	Entgelte/Wertstellung . . . . .	1504
2.	Die Zahlungsdienste im Einzelnen . . . . .	1505
3.	Denkbare Zusatzvereinbarungen . . . . .	1513
VIII.	Einzelzahlungsvertrag . . . . .	1519
IX.	Auswirkungen eines Insolvenzverfahrens . . . . .	1520
1.	Insolvenzantrag . . . . .	1520
2.	Anordnung vorläufiger Maßnahmen durch das Insolvenzgericht . . . . .	1520

3.	Abweisung mangels Masse (§ 26 InsO) . . . . .	1525
4.	Eröffnung des Regel-Insolvenzverfahrens . . . . .	1525
5.	Eröffnung des Eigenverwaltungsverfahrens . . . . .	1528
X.	Zahlungsverkehr im (eröffneten) Insolvenzverfahren . . . . .	1528
1.	Exkurs: Vorläufige Insolvenz und »Einzugskonto« . . . . .	1528
2.	Eröffnetes Insolvenzverfahren . . . . .	1528
3.	Das durchgeführte Verfahren . . . . .	1529
4.	Verbraucherinsolvenzverfahren . . . . .	1529
B.	Kreditgeschäft . . . . .	1529
I.	Einleitende Bemerkungen . . . . .	1529
II.	Die zivilrechtlichen Rahmenbedingungen der Kreditgeschäfte . . . . .	1530
III.	Zahlungs- bzw. Geldkredite . . . . .	1530
1.	»Klassische« Einordnung . . . . .	1530
2.	Rechtliche Ausgestaltung . . . . .	1532
3.	Der Verbraucherdarlehensvertrag . . . . .	1533
4.	Der »Unternehmer«-Darlehensvertrag . . . . .	1535
5.	Auswirkungen eines Insolvenzverfahrens . . . . .	1537
IV.	Haftungskredite . . . . .	1543
1.	Avalkredit . . . . .	1543
2.	Akzeptkredit . . . . .	1547
3.	Akkreditiv . . . . .	1547
V.	Leasing . . . . .	1550
1.	Parteien des Leasingvertrags . . . . .	1551
2.	Kreditinstitut als Leasinggeber . . . . .	1551
3.	Kreditinstitut als Refinanzierer des Leasinggebers . . . . .	1554
VI.	Factoring . . . . .	1556
1.	Factoringrahmenvertrag . . . . .	1557
2.	Echtes Factoring . . . . .	1557
3.	Unechtes Factoring . . . . .	1557
4.	Auswirkungen eines Insolvenzverfahrens . . . . .	1557
5.	Forfaitierung . . . . .	1559
VII.	Kreditgeschäfte im (eröffneten) Insolvenzverfahren . . . . .	1559
1.	Kreditgeschäfte im vorläufigen Regelinsolvenzverfahren . . . . .	1559
2.	Besonderheiten bei Kreditgeschäften im vorläufigen Eigenverwaltungsverfahren . . . . .	1562
3.	Kreditgeschäfte im eröffneten Verfahren . . . . .	1563
C.	Exkurs: Finanzleistungen (§ 104 InsO) . . . . .	1567
I.	Close-out-netting . . . . .	1567
II.	Finanzleistung . . . . .	1568
III.	Insolvenzfall . . . . .	1568
<b>Kapitel 29</b>	<b>Arbeits- und Sozialrecht in der Insolvenz.</b> . . . . .	<b>1569</b>
A.	Arbeitsrecht . . . . .	1570
I.	Das Arbeitsrecht im Insolvenzeröffnungsverfahren . . . . .	1571
1.	Keine Anwendung der §§ 113, 120 bis 128 InsO . . . . .	1571
2.	Kündigungsbefugnis, speziell: Schriftformerfordernis . . . . .	1571
3.	Vorläufige Eigenverwaltung, §§ 270a, b InsO . . . . .	1572
II.	Das Arbeitsrecht im eröffneten Insolvenzverfahren . . . . .	1573
1.	Der Insolvenzverwalter als Arbeitgeber . . . . .	1573
2.	Freigabe, § 35 InsO . . . . .	1574
3.	Kündigung und Kündigungsschutz in der Insolvenz . . . . .	1574
III.	Altersteilzeit in der Insolvenz . . . . .	1582
1.	Betriebsbedingte Kündigung beim Blockmodell . . . . .	1583
2.	Rang der Entgeltansprüche im Blockmodell . . . . .	1583

IV.	Rang der Entgeltansprüche . . . . .	1584
1.	Allgemeines . . . . .	1584
2.	Tarifliche Ausschlussfristen . . . . .	1586
3.	Zeitliche Zuordnung, ausgewählte Einzelfragen . . . . .	1586
4.	Behandlung der Entgeltansprüche bei Masseunzulänglichkeit . . . . .	1591
5.	Entgeltansprüche in der insolvenzrechtlichen Verteilung . . . . .	1593
V.	Tarifverträge und Betriebsverfassung in der Insolvenz . . . . .	1594
1.	Allgemeines . . . . .	1594
2.	Weitergeltung von Tarifverträgen/Betriebsvereinbarungen; Kündigung von Betriebsvereinbarungen . . . . .	1595
3.	Betriebsänderung und Interessenausgleich . . . . .	1597
4.	Sozialplan . . . . .	1606
VI.	Betriebsübergang, § 613a BGB . . . . .	1610
1.	Bestandsschutz/Kontinuität des Betriebsrats . . . . .	1610
2.	Haftungsverteilung im eröffneten Insolvenzverfahren . . . . .	1611
3.	Einschränkung des § 613a BGB durch § 128 InsO . . . . .	1611
4.	Wiedereinstellungs- oder Fortsetzungsanspruch . . . . .	1612
VII.	Der Kündigungsschutzprozess . . . . .	1613
1.	Klagefrist . . . . .	1613
2.	Richtiger Beklagter . . . . .	1613
3.	Prozesskostenhilfe . . . . .	1614
B.	Sozialrecht . . . . .	1615
I.	Melde- und Beitragspflichten . . . . .	1615
II.	Insolvenzgeld, §§ 165 ff. SGB III . . . . .	1616
1.	Grundlage: EU-Recht . . . . .	1616
2.	Anspruchsvoraussetzungen . . . . .	1617
3.	Insolvenzgeldzeitraum . . . . .	1619
4.	Anspruch auf Arbeitsentgelt, § 165 Abs. 2 Satz 1 SGB III . . . . .	1620
5.	Betriebliche Altersversorgung aus Entgeltumwandlung, § 165 Abs. 2 Satz 3 SGB III . . . . .	1624
6.	Höhe . . . . .	1624
7.	Ausschlussfrist/Anspruchsübergang . . . . .	1625
8.	Insolvenzgeldbescheinigung . . . . .	1626
9.	Vorschuss/Vorfinanzierung des Insolvenzgeldes . . . . .	1627
III.	Insolvenzgeld und Kurzarbeitergeld . . . . .	1628
1.	Einführung von Kurzarbeit (Arbeitsrecht) . . . . .	1628
2.	Sozialrechtliche Voraussetzungen für die Gewährung von Kurzarbeitergeld (KuG) . . . . .	1629
3.	Kurzarbeit bei Personalabbau . . . . .	1629
4.	Verordnung über Erleichterungen der Kurzarbeit . . . . .	1629
5.	Verfahren . . . . .	1630
6.	Verhältnis Kurzarbeitergeld zu Insolvenzen sowie Insolvenzgeld . . . . .	1630
IV.	Transferleistungen . . . . .	1630
<b>Kapitel 30 Betriebliche Altersversorgung in der Insolvenz . . . . .</b>		<b>1633</b>
A.	Grundsätzliches . . . . .	1634
I.	Gesetzliche Rahmenbedingungen . . . . .	1634
II.	Änderungen durch das Alterseinkünftegesetz . . . . .	1635
1.	Abfindung von Versorgungsanwartschaften . . . . .	1635
2.	Portabilität und Übertragungswert . . . . .	1635
3.	Auskunftsanspruch . . . . .	1636
B.	Durchführung der betrieblichen Altersversorgung . . . . .	1636
I.	Geltungsbereich des Betriebsrentengesetzes (BetrAVG) . . . . .	1636
1.	Sachlicher Geltungsbereich . . . . .	1636

2. Persönlicher Geltungsbereich, § 17 Abs. 1 BetrAVG. . . . .	1637
3. Anwendungsbereich bei Entgeltumwandlung . . . . .	1640
II. Durchführungswege der betrieblichen Altersversorgung . . . . .	1640
1. Unmittelbare Versorgungszusage . . . . .	1640
2. Direktversicherung . . . . .	1641
3. Pensionskasse . . . . .	1642
4. Unterstützungskasse . . . . .	1642
5. Pensionsfonds. . . . .	1643
6. Verschaffungsanspruch des Arbeitnehmers . . . . .	1643
III. Leistungsformen, § 1 Abs. 1, 2 BetrAVG . . . . .	1643
1. Leistungszusage . . . . .	1644
2. Beitragsorientierte Leistungszusage/Beitragszusage mit Mindestleistung . . . . .	1644
3. Entgeltumwandlung . . . . .	1644
4. Reine Beitragszusage, »pay and forget« . . . . .	1645
IV. Rechtsgrundlage von Versorgungsversprechen . . . . .	1646
V. Unverfallbarkeit . . . . .	1646
1. Voraussetzungen der Unverfallbarkeit, § 1b BetrAVG. . . . .	1646
2. Höhe der unverfallbaren Anwartschaft . . . . .	1647
VI. Abfindungsverbot, § 3 BetrAVG . . . . .	1648
VII. Anpassungsprüfung, § 16 BetrAVG . . . . .	1648
C. Schicksal betrieblicher Altersversorgung in der Insolvenz. . . . .	1649
I. Grundlagen . . . . .	1649
II. Insolvenzesicherte Ansprüche . . . . .	1650
III. Ungesicherte Ansprüche. . . . .	1650
1. Rückständige Versorgungsleistungen, § 7 Abs. 1a Satz 3 BetrAVG . . . . .	1650
2. Gesetzlich noch nicht unverfallbare Anwartschaften . . . . .	1650
3. Eintritt der Unverfallbarkeit während des Insolvenzverfahrens . . . . .	1651
4. Direktversicherung . . . . .	1651
5. Unterstützungskasse . . . . .	1652
6. Pensionsfonds/Pensionskasse. . . . .	1652
D. Gesetzliche Insolvenzversicherung . . . . .	1652
I. Pensions-Sicherungs-Verein aG (PSV) – Träger der Insolvenzversicherung . . . . .	1652
1. Rechtsstellung des PSV . . . . .	1652
2. Rechtsbeziehungen des PSV . . . . .	1653
3. Beiträge, § 10 BetrAVG . . . . .	1653
4. Kommunikation mit dem PSV, Informationen . . . . .	1653
II. Voraussetzungen des Insolvenzversicherungsanspruchs . . . . .	1654
1. Gesicherte Anspruchsberechtigte . . . . .	1654
2. Gesicherte Versorgungsleistungen und -anwartschaften. . . . .	1654
III. Sicherungsfälle, § 7 Abs. 1 BetrAVG . . . . .	1654
1. Eröffnung des Insolvenzverfahrens. . . . .	1655
2. Abweisung des Antrags auf Insolvenzeröffnung mangels Masse . . . . .	1655
3. Außergerichtlicher Vergleich . . . . .	1655
4. Vollständige Beendigung der Betriebstätigkeit ohne Insolvenzantrag . . . . .	1655
IV. Insolvenzesicherte Versorgungsansprüche und -anwartschaften. . . . .	1656
1. Versorgungsansprüche . . . . .	1656
2. Versorgungsanwartschaften. . . . .	1657
3. Versicherungsmissbrauch . . . . .	1657
4. Beginn und Ende von Einstandspflicht und Leistung des PSV/Verjährung . . . . .	1658
5. Höhe der gesicherten Leistungen. . . . .	1659
V. Praktische Durchführung der gesetzlichen Insolvenzversicherung. . . . .	1660
1. Mitteilungspflichten des Insolvenzverwalters. . . . .	1660

2.	Auskunftsrecht des Insolvenzverwalters . . . . .	1660
3.	Mitteilungspflicht des PSV und Anmeldepflicht der Versorgungsberechtigten . . . . .	1661
4.	Leistungseintritt und -abwicklung durch den PSV . . . . .	1661
5.	Forderungs- und Vermögensübergang auf den PSV . . . . .	1661
6.	Beteiligung des PSV im Insolvenzverfahren. . . . .	1663
7.	Beteiligung des PSV im Insolvenzplanverfahren. . . . .	1665
8.	Das Abfindungsrecht des Insolvenzverwalters . . . . .	1666
E.	Direktversicherungen in der Insolvenz . . . . .	1667
I.	Auswirkungen der Eröffnung des Insolvenzverfahrens. . . . .	1667
II.	Insolvenz des Arbeitgebers (Versicherungsnehmer). . . . .	1667
1.	Widerrufliches Bezugsrecht . . . . .	1667
2.	Unwiderrufliches Bezugsrecht. . . . .	1668
3.	Eingeschränkt unwiderrufliches Bezugsrecht . . . . .	1669
4.	Verwertung der (abgetretenen) Direktversicherung. . . . .	1670
III.	Insolvenz des Arbeitnehmers (Bezugsberechtigter) . . . . .	1671
1.	Massezugehörigkeit . . . . .	1671
2.	Auswirkung betriebsrentenrechtlicher Verfügungsbeschränkungen . . . . .	1672
F.	Private Insolvenzversicherung . . . . .	1673
I.	Rückdeckungsversicherungen . . . . .	1674
1.	Anwendungsfälle. . . . .	1674
2.	Ausgestaltung der Insolvenzversicherung. . . . .	1674
3.	Verwertung verpfändeter Rückdeckungsversicherungen . . . . .	1675
II.	Doppeltreuhand . . . . .	1676
G.	Betriebliche Altersversorgung beim Betriebsübergang in der Insolvenz . . . . .	1676
I.	Relevanz und allgemeine Systematik . . . . .	1676
II.	Reichweite von § 613a BGB beim Betriebsübergang in der Insolvenz . . . . .	1677
1.	Haftung bis zur Insolvenzeröffnung. . . . .	1677
2.	Haftung ab Betriebsübergang . . . . .	1678
3.	Haftung zwischen Insolvenzeröffnung und Betriebsübergang. . . . .	1678
4.	Haftung des PSV . . . . .	1678
H.	Prozessuale Besonderheiten. . . . .	1678
I.	Rechtsweg . . . . .	1678
II.	Örtliche Zuständigkeit . . . . .	1679
III.	Klageart und Streitverkündung . . . . .	1679
<b>Kapitel 31</b>	<b>Steuern in der Insolvenz (Grundlagen) . . . . .</b>	<b>1680</b>
A.	Verhältnis von Insolvenzrecht und Steuerrecht. . . . .	1684
B.	Formelles Insolvenzsteuerrecht . . . . .	1685
I.	Einführung . . . . .	1685
1.	Steuern aus der Zeit vor und nach der Insolvenzeröffnung . . . . .	1685
2.	Auswirkungen der Insolvenzeröffnung . . . . .	1686
II.	Der Insolvenzschuldner und seine steuerrechtliche Stellung. . . . .	1689
1.	Steuerrechtliche Stellung . . . . .	1689
2.	Steuerrechtliche Pflichten. . . . .	1689
3.	Steuerrechtliche Haftung des Organs des Insolvenzschuldners . . . . .	1690
III.	Der Insolvenzverwalter und seine steuerrechtliche Stellung . . . . .	1692
1.	Allgemeines . . . . .	1692
2.	Steuerrechtliche Pflichten. . . . .	1693
3.	Auskunftsrechte gegenüber den Finanzbehörden . . . . .	1697
4.	Steuerrechtliche Haftung . . . . .	1698
5.	Persönliche steuerrechtliche Stellung . . . . .	1700
IV.	Die Finanzbehörde als Beteiligte des Insolvenzverfahrens . . . . .	1702

# Inhaltsverzeichnis

---

1.	Insolvenzantrag . . . . .	1702
2.	Anmeldung von Steuerforderungen zur Insolvenztabelle . . . . .	1703
3.	Steuern und steuerliche Nebenleistungen (Verspätungs- und Säumniszuschläge, Zinsen) als Insolvenzforderungen oder Masseverbindlichkeiten . . . . .	1704
4.	Prüfungsverfahren . . . . .	1706
5.	Vollstreckung von Steuerforderungen . . . . .	1707
6.	Aufrechnung mit und gegen Steuerforderungen . . . . .	1708
7.	Zustimmung des Finanzamts zu einem Insolvenzplan . . . . .	1710
8.	Verbraucherinsolvenzverfahren . . . . .	1710
B.	Materielles Insolvenzsteuerrecht . . . . .	1711
I.	Umsatzsteuer . . . . .	1711
1.	Aufspaltung des Unternehmens in verschiedene Unternehmensteile . . . . .	1711
2.	Insolvenzrechtliche Zuordnung von Umsatzsteuerforderungen . . . . .	1711
3.	Organschaft . . . . .	1716
4.	Erfüllungswahl (§ 103 InsO) . . . . .	1718
5.	Insolvenzanfechtung . . . . .	1720
6.	Verwertung von beweglichem Sicherungsgut . . . . .	1720
7.	Verwertung von Grundstücken . . . . .	1723
8.	Verwertung von abgetretenen Forderungen . . . . .	1725
9.	Rechnungsausweis . . . . .	1726
10.	Vorsteuer und Vorsteuerberichtigungen . . . . .	1726
11.	Aufrechnung der Finanzbehörde gegen Umsatzsteuer-Erstattungsansprüche . . . . .	1729
II.	Einkommensteuer . . . . .	1730
1.	Allgemeines . . . . .	1730
2.	Insolvenzrechtliche Zuordnung der Einkommensteuerschuld . . . . .	1731
3.	Aufteilung der Einkommensteuerschuld . . . . .	1732
4.	Insolvenzanfechtung . . . . .	1733
5.	Personengesellschaften und Insolvenz . . . . .	1734
6.	Veranlagung von Ehegatten . . . . .	1735
7.	Kapitalertragsteuer . . . . .	1737
8.	Behandlung von Sanierungserträgen . . . . .	1737
III.	Lohnsteuer . . . . .	1739
1.	Allgemeine Pflichten des Insolvenzverwalters . . . . .	1739
2.	Inanspruchnahme von Arbeitslosen- oder Insolvenzgeld . . . . .	1740
3.	Haftung des Insolvenzverwalters . . . . .	1740
4.	Aufrechnung . . . . .	1740
IV.	Körperschaftsteuer . . . . .	1741
1.	Liquidationsbesteuerungszeitraum . . . . .	1741
2.	Organschaft . . . . .	1742
3.	Verlustuntergang . . . . .	1742
V.	Gewerbesteuer . . . . .	1743
1.	Gewerbesteuerpflicht während des Insolvenzverfahrens . . . . .	1743
2.	Gewerbesteuer für das Jahr der Insolvenzeröffnung . . . . .	1743
VI.	Grunderwerbsteuer . . . . .	1743
1.	Abgrenzung Masseverbindlichkeit – Insolvenzforderung . . . . .	1743
2.	Erstattungsanspruch . . . . .	1744
VII.	Kraftfahrzeugsteuer . . . . .	1744
VIII.	Grundsteuer . . . . .	1745
IX.	Bauabzugsteuer . . . . .	1746
X.	Erbschaft- und Schenkungsteuer . . . . .	1746

<b>Kapitel 32 Die Masseverbindlichkeiten und der Aufwand zum Betrieb des Insolvenzverfahrens (»Masselasten«)</b> . . . . .	1748
A. Einleitung . . . . .	1748
I. Kosten, Aufwand und Pflichten . . . . .	1748
II. Pflichten als Masseverbindlichkeiten . . . . .	1749
III. Die Probleme . . . . .	1749
B. Der Verwaltungsaufwand als Masseverbindlichkeit (§ 55 Abs. 1 Nr. 1 InsO) . . . . .	1750
I. Der Tatbestand . . . . .	1751
II. Die zweite Alternative als Einfallstor . . . . .	1751
III. Die Kosten der Verwaltung . . . . .	1751
C. Zur Äquivalenz der »Masselasten« mit der Gläubigerbefriedigung . . . . .	1752
I. Die Vollliquidation als Verfahrensinhalt . . . . .	1752
II. Das haftungsrechtliche Prinzip . . . . .	1753
D. Das Äquivalenzprinzip . . . . .	1754
I. Freigabe . . . . .	1755
II. Relativierung der »Masselasten« . . . . .	1757
III. »Masselasten« aus gesetzlichen Pflichten . . . . .	1757
E. Wirkung der »Masselasten« bei Masseinsuffizienz . . . . .	1758
I. Die Probleme . . . . .	1758
1. Konkurrenz der Pflichten . . . . .	1758
2. Unbeherrschbare Massepflichten . . . . .	1758
3. Beeinträchtigung der Betriebsfortführung . . . . .	1758
4. Stundungsverfahren (§ 4a InsO) . . . . .	1759
II. Keine tauglichen Instrumente der InsO . . . . .	1759
1. »Masselasten« und die Kostendeckungsrechnung (§ 26 InsO) . . . . .	1759
2. Unverzügliche Einstellung gem. § 207 InsO . . . . .	1761
3. Vollstreckungssperre gem. § 90 InsO . . . . .	1761
4. Anzeige der Masseunzulänglichkeit (§ 208 InsO) . . . . .	1762
5. Freigabe . . . . .	1763
F. Die Massepflichten im Einzelnen . . . . .	1763
I. Kosten der Verwaltung . . . . .	1764
1. Aufwand zur Geschäftsführung . . . . .	1764
2. Kosten zur Abwehr unberechtigter Ansprüche . . . . .	1767
3. Kosten der Betriebsfortführung . . . . .	1767
II. Pflichten aus Massegegenständen . . . . .	1767
1. Wohngeld . . . . .	1768
2. Grundsteuern und öffentliche Lasten . . . . .	1768
3. Steuern . . . . .	1768
4. Störungsbeseitigung (§ 1004 BGB) . . . . .	1769
5. Verkehrssicherungspflichten . . . . .	1771
6. Pflicht zur Gefahrenabwehr (Altlasten) . . . . .	1771
III. Masselasten aus Verpflichtungen des Schuldners . . . . .	1773
1. Fortwirken der persönlichen Verpflichtungen des Schuldners . . . . .	1773
2. Kosten der Nichterfüllung . . . . .	1773
3. Pflichten aus Mitgliedschaften . . . . .	1773
4. Masselasten aus dem Neuerwerb . . . . .	1774
5. Steuerliche Pflichten aus dem Neuerwerb . . . . .	1775
IV. Masselasten aus gesetzlichen Pflichten . . . . .	1777
1. Pflicht zur Herstellung und Fortführung des Buchwerks (§ 155 InsO) . . . . .	1777
2. Steuerliche Pflichten . . . . .	1779
3. Pflicht zum Erstellen von Verdienstbescheinigungen . . . . .	1781
4. Pflicht zur Aktenarchivierung . . . . .	1782

# Inhaltsverzeichnis

---

5. Melde- und Statistikpflichten . . . . .	1783
V. Zusammenfassung und Ergebnis . . . . .	1783
<b>Kapitel 33 Datenschutz und Insolvenzverwaltung . . . . .</b>	<b>1786</b>
A. Einführung . . . . .	1786
B. Überblick . . . . .	1787
C. Datenschutz in der Insolvenzkanzlei . . . . .	1789
I. Die Rolle des Insolvenzverwalters . . . . .	1789
1. Die Stellung des Insolvenzverwalters im eröffneten Verfahren . . . . .	1789
2. Die Stellung des vorläufigen Insolvenzverwalters . . . . .	1792
II. Datenschutzrechtliche Pflichten des Verantwortlichen . . . . .	1794
1. Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten . . . . .	1794
2. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten . . . . .	1795
3. Art und Weise der Verarbeitung personenbezogener Daten . . . . .	1795
III. Sanktionen . . . . .	1802
1. Bußgelder . . . . .	1802
2. Schadenersatz . . . . .	1804
3. Strafbarkeit . . . . .	1805
D. Datenschutz im Rahmen der Verwertung . . . . .	1805
I. Personenbezogene Daten als Gegenstand der Verwertung . . . . .	1805
II. Relevante Fallkonstellationen . . . . .	1806
1. Verwertungsvorbereitung und Due Diligence . . . . .	1807
2. Share Deal und Gesamtrechtsnachfolge . . . . .	1808
3. Asset Deal . . . . .	1809
<b>Kapitel 34 Haftung des Insolvenzverwalters . . . . .</b>	<b>1812</b>
A. Rechtsgrund . . . . .	1813
I. Haftung gem. § 60 InsO ggü. allen Beteiligten . . . . .	1814
II. Haftung gem. § 61 InsO ggü. Massegläubigern . . . . .	1814
1. Ungedekte Masseschuld . . . . .	1814
2. Zeitpunkt der Begründung . . . . .	1815
3. Andere Gründe . . . . .	1815
4. Pflichtwidrige Begründung . . . . .	1815
5. Beweislast . . . . .	1815
III. Sonstige Haftungsgründe . . . . .	1815
1. Zivilrecht . . . . .	1815
2. Öffentliches Recht . . . . .	1816
IV. Haftung für Dritte . . . . .	1816
1. Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfe . . . . .	1816
2. Innenverhältnis . . . . .	1816
3. Unterschiede im Einsatz von Mitarbeitern des Schuldners oder des Verwalters . . . . .	1816
4. Aufgabenübertragung auf selbständige Vertragspartner . . . . .	1817
V. Anspruchskonkurrenzen . . . . .	1817
1. Masshaftung und Verwalterhaftung . . . . .	1817
2. Konkurrenzen der Verwalterhaftung . . . . .	1819
B. Insolvenzspezifische Pflichten . . . . .	1820
I. Persönliche Haftung . . . . .	1820
1. Vorläufiger Insolvenzverwalter . . . . .	1820
2. Sachverständiger, Bescheiniger gem. § 270d Abs. 1 S. 1 InsO . . . . .	1823
3. Insolvenzverwalter . . . . .	1824
4. (Vorläufiger) Sachwalter, Eigenverwalter und Treuhänder . . . . .	1826

II.	Gesamtschaden . . . . .	1827
	1. Gemeinschaftsschaden . . . . .	1828
	2. Quotenschaden . . . . .	1828
	3. Sondermasse . . . . .	1829
	4. Inbesitznahme der Masse . . . . .	1829
	5. Masseerhaltung . . . . .	1834
	6. Masseverwertung . . . . .	1837
III.	Einzelnschaden . . . . .	1839
	1. Insolvenzschnldner . . . . .	1840
	2. Aus- und Absonderungsberechtigte . . . . .	1842
	3. Massegläubiger . . . . .	1847
	4. Insolvenzgläubiger . . . . .	1854
	5. Andere Beteiligte . . . . .	1856
	6. Insolvenzplanverfahren . . . . .	1858
C.	Haftung nach allgemeinen Grundsätzen . . . . .	1858
I.	Vertragliche Haftung . . . . .	1858
	1. Vorvertragliche Haftung . . . . .	1859
	2. Sondervereinbarungen . . . . .	1859
	3. Einzelnschaden . . . . .	1860
II.	Deliktische Haftung . . . . .	1860
	1. Massezurechnung . . . . .	1860
	2. Haftung wegen bewusster Schädigung . . . . .	1860
III.	Arbeits- und sozialrechtliche Pflichten . . . . .	1861
	1. Arbeitnehmer . . . . .	1861
	2. Sozialversicherungsträger . . . . .	1861
IV.	Steuerrechtliche Haftung . . . . .	1861
	1. Steuerliche Pflichten . . . . .	1862
	2. Haftungsbescheid . . . . .	1863
	3. Anteilige Tilgung . . . . .	1863
	4. Umsatzsteuer . . . . .	1863
	5. Verhältnis zu §§ 60, 61 InsO . . . . .	1864
	6. Insolvenzspezifische Pflichten . . . . .	1864
	7. Steuermassenschuld . . . . .	1864
	8. Verfahrensbeendigung . . . . .	1864
D.	Verschuldenshaftung . . . . .	1865
I.	Vorsatz und Fahrlässigkeit . . . . .	1865
	1. Sorgfaltspflicht . . . . .	1865
	2. Zustimmungen . . . . .	1865
	3. Allgemeines Haftungsmaß . . . . .	1866
II.	Irrtum . . . . .	1866
III.	Mitwirkendes Verschulden . . . . .	1867
E.	Schaden . . . . .	1867
I.	Ursächlichkeit . . . . .	1867
	1. Haftungsbegründung . . . . .	1867
	2. Haftungsausfüllung . . . . .	1868
II.	Schaden . . . . .	1868
	1. Negatives Interesse . . . . .	1868
	2. Vorteilsausgleichung . . . . .	1868
	3. Haftung Dritter . . . . .	1869
F.	Gerichtsstand und Verjährung . . . . .	1869
I.	Gerichtsstand . . . . .	1869
II.	Verjährung . . . . .	1869

# Inhaltsverzeichnis

---

1.	Verjährungsbeginn . . . . .	1870
2.	Verjährungsende . . . . .	1870
3.	Nachtragsverteilung . . . . .	1871
G.	Freizeichnung und Versicherung . . . . .	1871
I.	Freizeichnung . . . . .	1871
II.	Versicherung . . . . .	1872
1.	Rückwärtsversicherung . . . . .	1872
2.	Versicherungssumme . . . . .	1872
3.	Gesonderte Versicherung . . . . .	1872
4.	Risikoausschlüsse . . . . .	1873
5.	Obliegenheiten . . . . .	1873
<b>Kapitel 35 Vergütung der Insolvenzorgane . . . . .</b>		<b>1874</b>
A.	Grundlagen des Vergütungsrechts . . . . .	1875
I.	Entstehen des Anspruchs . . . . .	1875
II.	Fälligkeit . . . . .	1876
III.	Verjährung . . . . .	1876
IV.	Festsetzung durch das Gericht . . . . .	1877
V.	Rechtsmittel . . . . .	1878
VI.	Erstattung aus der Staatskasse . . . . .	1879
VII.	Verzinsung der Vergütung . . . . .	1880
B.	Vergütung des Insolvenzverwalters . . . . .	1881
I.	Berechnungsgrundlage (§ 1 InsVV) . . . . .	1881
1.	Wert der Insolvenzmasse bei vorzeitiger Beendigung . . . . .	1882
2.	Maßgebliche Masse . . . . .	1882
3.	Abfindung von Aus- und Absonderungsrechten (§ 1 Abs. 2 Nr. 2 InsVV) . . . . .	1883
4.	Aufrechnungslagen/Masseverbindlichkeiten (§ 1 Abs. 2 Nr. 3, 4 InsVV) . . . . .	1884
5.	Unternehmensfortführung . . . . .	1885
6.	Vorschüsse (§ 1 Abs. 2 Nr. 5 InsVV) . . . . .	1885
II.	Regelsätze (§ 2 InsVV) . . . . .	1886
1.	Mindestvergütung . . . . .	1886
2.	Regelvergütung . . . . .	1887
III.	Zu- und Abschläge (§ 3 InsVV) . . . . .	1890
1.	Bearbeitung von Aus- und Absonderungsrechten . . . . .	1891
2.	Unternehmensfortführung oder Hausverwaltung . . . . .	1892
3.	Degressionsausgleich . . . . .	1894
4.	Arbeitsverhältnisse . . . . .	1895
5.	Ausarbeitung eines Insolvenzplans . . . . .	1896
6.	Weitere Zuschlagskriterien . . . . .	1897
7.	Vergütungsminderungen (Abs. 2) . . . . .	1900
IV.	Auslagenerstattung, Umsatzsteuerausgleich und Vorschuss (§§ 4, 7, 8, 9 InsVV) . . . . .	1905
1.	Steuerberater/Wirtschaftsprüfer/Rechtsanwälte als Hilfskräfte . . . . .	1905
2.	Immobilienverwaltung und -verwertung . . . . .	1906
3.	Verwertung von Insolvenzgut . . . . .	1907
4.	Archivierung von Geschäftsunterlagen . . . . .	1907
5.	Auslagen (§ 4 Abs. 2 InsVV) . . . . .	1907
6.	Haftpflichtversicherung (§ 4 Abs. 3 InsVV) . . . . .	1907
7.	Erstattung von Auslagen (§ 8 InsVV) . . . . .	1908
8.	Umsatzsteuererstattung (§ 7 InsVV) . . . . .	1910
9.	Vorschuss (§ 9 InsVV) . . . . .	1911
V.	Einsatz besonderer Sachkunde (§ 5 InsVV) . . . . .	1912
VI.	Besonders zu vergütende Tätigkeiten (§ 6 InsVV) . . . . .	1914

C.	Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters (§ 11 InsVV) . . . . .	1915
I.	Berechnungsgrundlage . . . . .	1916
	1. Wertansatz . . . . .	1917
	2. Einzelne Vermögenswerte . . . . .	1917
	3. Aus- und Absonderungsrechte . . . . .	1918
	4. Besitzüberlassungsverträge . . . . .	1919
II.	Vorzeitige Verfahrensbeendigung . . . . .	1919
III.	Vergütungshöhe . . . . .	1920
IV.	Fälligkeit der Vergütung und Auslagen des vorläufigen Insolvenzverwalters und des vorläufigen Sachwalters . . . . .	1924
D.	Vergütung als Sachverständiger . . . . .	1925
E.	Vergütung des Sachwalters (§ 12 InsVV) . . . . .	1926
F.	Vergütung des vorläufigen Sachwalters (§ 12a InsVV) . . . . .	1927
G.	Vergütung des Insolvenzverwalters im Verbraucherinsolvenzverfahren . . . . .	1928
I.	Vergütung des Insolvenzverwalters in den ab dem 01.07.2014 beantragten Verbraucherinsolvenzverfahren . . . . .	1929
II.	Vergütung des Treuhänders in den vor dem 01.07.2014 beantragten Verbraucherinsolvenzverfahren . . . . .	1929
H.	Vergütung des Treuhänders nach § 293 InsO . . . . .	1930
I.	Vergütung des Sonderinsolvenzverwalters . . . . .	1931
J.	Vergütung des Verfahrenskoordinators (§ 269g InsO) . . . . .	1932
K.	Vergütung der Mitglieder des Gläubigerausschusses (§§ 17, 18 InsVV) . . . . .	1933
L.	Gerichtskosten . . . . .	1934
I.	Eröffnungsverfahren . . . . .	1934
II.	Durchführung des Insolvenzverfahrens . . . . .	1935
M.	Anwendung des alten Rechts nach § 5 Abs. 7 COVInsAG . . . . .	1936
N.	Vergütung des Restrukturierungsbeauftragten §§ 80 ff. StaRUG . . . . .	1936
O.	Vergütung des Sanierungsmoderators § 98 StaRUG . . . . .	1938
<b>Kapitel 36 Sanierungsrecht . . . . .</b>		<b>1939</b>
A.	Sanierungsrecht . . . . .	1940
B.	Außergerichtliche Verhandlung in der Unternehmenskrise . . . . .	1940
I.	Geschäftsleiter-Pflichten in der Krise . . . . .	1942
	1. Allgemeine Sorgfaltspflicht und Finanzierungsverantwortung . . . . .	1942
	2. Krisenfrüherkennung und Sanierungspflicht . . . . .	1943
	3. Shift of duties: Gesellschafter- vs. Gläubigerinteresse? . . . . .	1943
	4. Insolvenzgründe und Haftung Geschäftsleiter . . . . .	1944
II.	Finanzierung in der Krise . . . . .	1945
	1. Ernsthafter Sanierungsversuch/Sanierungskonzept . . . . .	1945
	2. Stillhaltevereinbarung . . . . .	1947
	3. Überbrückungskredit . . . . .	1947
	4. Sanierungskredit . . . . .	1948
	5. Finanzierungs- und Kapitalmaßnahmen . . . . .	1949
III.	Vertragsverhältnisse in der Krise . . . . .	1951
	1. Kundenverträge . . . . .	1951
	2. Lieferantenverträge . . . . .	1955
	3. Mietverträge . . . . .	1956
	4. Haftungstarbestände . . . . .	1956
IV.	Gesellschafter Pflichten . . . . .	1959
	1. »Sanieren oder Ausscheiden« . . . . .	1959
	2. »Doppelnützige« Sanierungstreuhand . . . . .	1962
	3. Haftung . . . . .	1964

# Inhaltsverzeichnis

---

C.	StaRUG	1966
I.	SanInsFoG (2021)	1966
II.	StaRUG	1966
	1. Allgemeines	1966
	2. Aufbau	1966
	3. Anwendungsbereich	1967
	4. Sanierungsinstrumente	1967
III.	Sanierungsmoderation	1968
	1. Voraussetzungen	1968
	2. Bestellung	1969
	3. Sanierungsvergleich	1970
D.	Insolvenz	1971
	1. Allgemeines	1971
	2. Aussetzung der Insolvenzantragspflicht	1971
	3. Prognosezeitraum der Überschuldungsprüfung	1972
	4. Anwendung des bisherigen Rechts im Sinne des COVInsAG	1972
II.	Insolvenzplan	1974
III.	Übertragende Sanierung/Distressed M&A	1974
	1. Distressed M&A	1974
	2. Transaktionsstruktur	1975
	3. Zeitpunkt der Transaktion im Krisenverlauf	1976
	4. Ablauf des Verkaufsprozesses	1978
	5. Kritische Erfolgsfaktoren bei Distressed M&A	1980
	6. Frühzeitiges Erkennen von Dealbreakern	1981
<b>Teil 3 Branchenspezifische Besonderheiten</b>		<b>1985</b>
<b>Kapitel 37 Altenpflegeeinrichtungen</b>		<b>1985</b>
A.	Grundlagen der Altenpflegeeinrichtungen	1985
I.	Die Altenpflegeeinrichtung	1985
II.	Rechtsquellen	1986
B.	Insolvenzrechtliche Besonderheiten der Altenpflegeeinrichtung	1987
I.	Die Fortführung des Heimbetriebes	1987
	1. Betriebsfortführung ohne Unterbrechung	1987
	2. Betriebsfortführung zum Erhalt von Werten	1987
	3. Spezielle Probleme der Betriebsfortführung	1988
	4. Eigentümer der Immobilie als Verbündeter	1989
	5. Die Betriebsschließung	1989
II.	Möglichkeiten der Heimaufsicht	1990
	1. Grundlagen	1990
	2. Eingriffsbefugnisse	1990
	3. Untersagung des Betriebes wegen Insolvenz	1991
III.	Der Heimbeirat	1991
IV.	Die Einnahmen einer Altenpflegeeinrichtung	1991
	1. Das 5-Konten-Modell	1991
	2. Fremdgelder	1992
	3. Pflegesatzverhandlungen	1992
V.	Die Altenpflegeumlage/Umlage nach Pflegeberufegesetz	1992
VI.	Betreuung	1993
C.	Exkurs: Betreutes Wohnen	1993

<b>Kapitel 38 Bauträgergeschäft und Handel mit Immobilien</b> . . . . .	1994
A. Grundlagen des Bauträgergeschäfts . . . . .	1994
B. Insolvenzrechtliche Besonderheiten bei Bauträgergeschäften . . . . .	1994
I. Vermögensstruktur des Bauträgers . . . . .	1994
II. Abwicklung von schwebenden Verträgen . . . . .	1995
1. Werkvertragliche Elemente . . . . .	1995
2. Reichweite des § 106 InsO . . . . .	1995
III. Ansprüche gegen Subunternehmer . . . . .	1996
IV. Versicherungen . . . . .	1996
V. Bauabzugssteuer . . . . .	1996
VI. Grundsteuer . . . . .	1997
VII. Miete . . . . .	1997
<b>Kapitel 39 Die Bauwirtschaft</b> . . . . .	1998
A. Einführung . . . . .	1999
B. Baurechtliche Grundlagen . . . . .	1999
I. Bauunternehmer, Generalunternehmer und Generalübernehmer . . . . .	1999
II. Werkvertragsrecht oder VOB . . . . .	1999
C. Insolvenzrechtliche Besonderheiten der Bauinsolvenz . . . . .	1999
I. Bewertung geleisteter Bautätigkeit . . . . .	2000
II. Sicherungsmaßnahmen . . . . .	2001
III. Die Abrechnung von gegenseitig nicht vollständig erfüllten Bauverträgen . . . . .	2001
1. Schicksal des Bauvertrages . . . . .	2001
2. Grundkonzept der Abrechnung . . . . .	2002
3. Vom Werkunternehmer erbrachte Leistungen . . . . .	2003
4. Gegenansprüche des Auftraggebers . . . . .	2003
5. Verrechnungsmöglichkeiten nach Zeitabschnitten . . . . .	2005
IV. Die Entscheidung über die Fortführung von Aufträgen . . . . .	2007
1. Grundsatz . . . . .	2007
2. Praktische Handhabung . . . . .	2008
3. Steuerliche Konsequenzen . . . . .	2009
V. Verwertung von Aufträgen . . . . .	2009
VI. Der Subunternehmer . . . . .	2009
1. Ansprüche wegen Mängeln . . . . .	2010
2. Direktzahlungen des Bauherrn an den Subunternehmer . . . . .	2011
VII. Forderungseinzug . . . . .	2011
VIII. Bürgschaften . . . . .	2011
1. Gesicherte und ungesicherte Bürgschaften . . . . .	2012
2. Die Forderungsanmeldung des Bürgen . . . . .	2012
IX. Bauabzugssteuer . . . . .	2013
X. Insolvenzanfechtung . . . . .	2013
1. Typische Anfechtungskonstellationen . . . . .	2013
2. Gläubigerbenachteiligung . . . . .	2014
XI. Baugeld (BauFordSiG) . . . . .	2014
1. Grundlagen . . . . .	2014
2. Massezugehörigkeit . . . . .	2015
3. Besondere Pflicht des Verwalters . . . . .	2015
4. Insolvenzanfechtung . . . . .	2016
XII. Das Beweissicherungsverfahren (und § 240 ZPO) . . . . .	2016
<b>Kapitel 40 Gastronomiebetriebe</b> . . . . .	2017
A. Grundlagen der Gastronomiebetriebe . . . . .	2017

# Inhaltsverzeichnis

---

I.	Der Gastronomiebetrieb . . . . .	2017
II.	Rechtsquellen . . . . .	2017
III.	Betriebsschließungsversicherung . . . . .	2018
B.	Insolvenzrechtliche Besonderheiten bei Gastronomiebetrieben . . . . .	2018
I.	Organisation der Betriebsfortführung und (übertragenden) Sanierung . . . . .	2018
II.	Gaststättenerlaubnis . . . . .	2019
	1. Grundlagen . . . . .	2019
	2. Schicksal der Gaststättenerlaubnis im Insolvenz(antrags)verfahren . . . . .	2019
III.	Bierlieferungsverträge . . . . .	2020
<b>Kapitel 41 Arbeitnehmerüberlassung . . . . .</b>		<b>2021</b>
A.	Grundlagen der Arbeitnehmerüberlassung . . . . .	2021
I.	Die Arbeitnehmerüberlassung . . . . .	2021
II.	Rechtsquellen . . . . .	2022
B.	Insolvenzrechtliche Besonderheiten der Arbeitnehmerüberlassung . . . . .	2022
I.	Struktur des Unternehmens . . . . .	2022
II.	Genehmigungspflicht . . . . .	2022
	1. Grundlagen . . . . .	2022
	2. Schicksal im Insolvenz(antrags)verfahren . . . . .	2023
III.	Pflichten des Verleihers . . . . .	2024
IV.	Haftung des Entleihers für Sozialversicherungsbeiträge . . . . .	2024
V.	Besondere Probleme bei einer Betriebsfortführung . . . . .	2024
<b>Kapitel 42 Gewerbliche Zwischenmietverhältnisse . . . . .</b>		<b>2027</b>
A.	Einführung . . . . .	2027
B.	Grundlagen der gewerblichen Zwischenmiete . . . . .	2028
I.	Haupt- und Untermietverhältnis . . . . .	2028
II.	Abgrenzung zur Hausverwaltung . . . . .	2028
III.	Verwertungsentscheidung: Fortführung der Zwischenvermietung . . . . .	2029
IV.	Beendigungsmöglichkeit . . . . .	2029
	1. Beendigung bei Zwischenvermietung von Wohnraum gem. § 565 BGB . . . . .	2029
	2. Beendigung bei sonstiger Zwischenvermietung . . . . .	2030
	3. Konsequenzen für die Praxis . . . . .	2030
V.	Sonderfall: Masseunzulänglichkeit . . . . .	2030
C.	Maßnahmen im Untermietverhältnis . . . . .	2031
I.	Aufrechnung . . . . .	2031
II.	Kaution . . . . .	2032
III.	Mietzins . . . . .	2032
IV.	Nebenkosten . . . . .	2032
V.	Verkehrssicherungspflichten . . . . .	2032
D.	Maßnahmen im Hauptmietverhältnis . . . . .	2032
I.	Kaution . . . . .	2032
II.	Kündigung . . . . .	2033
III.	Nebenkosten . . . . .	2033
IV.	Vermieterpfandrecht . . . . .	2033
V.	Vertragsbeendigung . . . . .	2033
<b>Kapitel 43 Handelsbetriebe . . . . .</b>		<b>2034</b>
A.	Einführung . . . . .	2034
B.	Struktur eines Handelsbetriebes . . . . .	2034
C.	Abwicklung von Sicherungsrechten . . . . .	2035
I.	Erfassung des Warenbestandes . . . . .	2036

II.	Unterscheidung von Aus- und Absonderungsgut . . . . .	2036
III.	Prüfung der Wirksamkeit des Sicherungsrechts . . . . .	2037
IV.	Verteilung der Darlegungs- und Beweislast . . . . .	2037
V.	Besonderheiten beim Eigentumsvorbehalt . . . . .	2037
	1. Wirksamkeit des Eigentumsvorbehalts . . . . .	2037
	2. Abwehrklausel in Einkaufsbedingungen des Schuldners . . . . .	2038
	3. Veräußerung von Vorbehaltsware durch (vorläufigen) Insolvenzverwalter . . . . .	2038
	4. Herausgabeverlangen der Lieferanten . . . . .	2039
VI.	Lieferungen ins Ausland. . . . .	2040
VII.	Kollision von Sicherungsrechten . . . . .	2040
VIII.	Der Sicherheitenpool. . . . .	2040
IX.	Pauschale Ablösung der Sicherungsrechte . . . . .	2041
X.	Trennung der Erlöse . . . . .	2041
D.	Besonderheiten bei der Betriebsfortführung . . . . .	2042
I.	Liquiditätsplanung . . . . .	2042
II.	Sicherung der Ware . . . . .	2042
III.	Beschäftigung von Handelsvertretern . . . . .	2043
IV.	Beauftragung von Spediteuren/Frachtführern i.R.d. Betriebsfortführung . . . . .	2043
V.	Sonderverkäufe. . . . .	2043
VI.	Warenkreditversicherung . . . . .	2044
VII.	Kundenbeziehungen . . . . .	2044
<b>Kapitel 44</b>	<b>Handelsvertreter . . . . .</b>	<b>2045</b>
A.	Einführung . . . . .	2045
B.	Grundlagen des Handelsvertreterrechts . . . . .	2046
C.	Insolvenzrechtliche Besonderheiten des Handelsvertreterrechts . . . . .	2046
I.	Insolvenz des vertretenen Unternehmens . . . . .	2046
	1. Schicksal des Handelsvertretervertrages in der Insolvenz . . . . .	2046
	2. Kündigungsmöglichkeit des Handelsvertreters im Vorfeld der Insolvenz . . . . .	2047
	3. Provisionsforderungen des Handelsvertreters . . . . .	2047
	4. Der Ausgleichsanspruch nach § 89b HGB . . . . .	2049
	5. Wettbewerbsentschädigung . . . . .	2050
	6. Schadensersatzanspruch des Handelsvertreters . . . . .	2051
	7. Abgesonderte Befriedigung des Handelsvertreters . . . . .	2051
	8. Insolvenzgeld für Handelsvertreter. . . . .	2051
II.	Insolvenz des Handelsvertreters . . . . .	2052
	1. Schicksal des Handelsvertretervertrages in der Insolvenz . . . . .	2052
	2. Ansprüche der Insolvenzmasse . . . . .	2052
III.	Insolvenz des Kunden . . . . .	2053
<b>Kapitel 45</b>	<b>Transportwesen . . . . .</b>	<b>2054</b>
A.	Grundlagen des Transportrechts . . . . .	2054
I.	Spediteur, Frachtführer und Lagerhalter . . . . .	2054
II.	Rechtsquellen. . . . .	2055
B.	Insolvenzrechtliche Besonderheiten in der Insolvenz des Spediteurs, Frachtführers oder Lagerhalters . . . . .	2056
I.	Vermögensstruktur einer Spedition . . . . .	2056
II.	Subunternehmer . . . . .	2057
	1. Beauftragung . . . . .	2057
	2. Scheinselbstständigkeit . . . . .	2057
III.	Transportversicherung . . . . .	2057
IV.	Frachtführer-, Spediteur- und Lagerhalterpfandrecht . . . . .	2058

# Inhaltsverzeichnis

---

1. Grundlagen . . . . .	2058
2. Anfechtbarkeit des Pfandrechtes . . . . .	2059
3. Beauftragung von Frachtführern i.R.d. Betriebsfortführung. . . . .	2059
4. Frachtführer-, Spediteur-, Lagerhalterpfandrecht als Absonderungsrecht . . . . .	2059
5. Problemfall: Pfandrecht an Gütern eines Dritten . . . . .	2060
V. Nachnahmen . . . . .	2060
1. Nachnahme als Aussonderungsrecht . . . . .	2060
2. Abwicklung von Nachnahmen aus der Zeit vor dem Insolvenzantrag . . . . .	2061
3. Abwicklung von Nachnahmen nach Insolvenzantrag . . . . .	2061
VI. Forderungseinzug . . . . .	2061
1. kurze Verjährung . . . . .	2062
2. Verrechnungen . . . . .	2062
3. Geltendmachung des eigenen Pfandrechts . . . . .	2062
VII. Abwicklung von Schadensfällen . . . . .	2062
1. Dokumentation . . . . .	2062
2. Problem: Schadensversicherung. . . . .	2063
VIII. Zoll/Einfuhrumsatzsteuern/Maut . . . . .	2064
<b>Stichwortverzeichnis . . . . .</b>	<b>2065</b>